

### Krise

Die Auswirkungen  
der Tötung von  
Qassem Soleimani

### Erbe

Der lange Schatten  
der deutschen  
Kolonialgeschichte

### Ethik

Moralisch handeln  
im Cyber war

# Trauer

Wie sich die Gedenkkultur  
der Bundeswehr entwickelt hat





**BUNDESWEHR**

if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.



## ■ Führung

Sebastian Nieke

### **Die Trauerfeiern des Afghanistaneinsatzes** 5

Schritte zu einem öffentlichen Soldatengedenken

## ■ Bürger und Staat

Harald Stutte

### **Schwieriges Erbe des deutschen Kolonialismus** 27

Unerfüllte Forderungen

## ■ Innere Führung

Florian Schreiner

### **Tradition erleben** 12

Regionale Ausstellungen als Aspekt  
soldatischer Persönlichkeitsbildung

Roger Mielke

### **Cyber war - Moral im virtuellen Raum** 20

Brauchen wir eine neue Ethik für den Cyber war?

## ■ Welt

Simon Klingert

### **Der Tod des Generals** 34

Die Auswirkungen der Tötung von  
Qassem Soleimani





**Gedenken:** Mit der Trauerfeier für die am Karfreitag 2010 in Afghanistan gefallenen Fallschirmjäger hat sich das Soldatengedenken in Deutschland gewandelt. Die militärischen Trauerfeiern für im Einsatz gefallene Soldaten werden heute als öffentliches Soldatengedenken mit ministerieller Beteiligung, in einer Kirche und, soweit es die Pietät zulässt, mit Medienberichterstattung begangen. (rhl)

Titel: picture alliance/dpa/Marius Becker



## ■ Geschichte

Frank Bauer

### **König und Kaiser** 41

Kaiser Wilhelm I. als Projektionsfläche eines Jahrhunderts deutscher Geschichte

## ■ Essay

Christoph Karich

### **Die Angsthasen** 50

Vom verantwortungsvollen Umgang mit dem Risiko

## ■ Rubriken

### **Meinung** 4

Die Innere Führung stärkt den Einsatzwert

### **Aufgeschlagen** 58

Krieg in Korea

### **Mediale** 60

### **Impressum** 65

### **Schlaglicht** 66

Brexit

Fotos von links nach rechts: Bundeswehr/Sebastian Wilke, Bundeswehr/Patrik Bransmöller, picture alliance/ullstein bild/Haeckel Archiv, Bundeswehr/Andrea Bienert, picture alliance/akg-images, stock.adobe.com/Peshkova



# Die Innere Führung stärkt den Einsatzwert

Führungskultur ist genauso wichtig wie Ausbildung oder Material

Mit dieser Ausgabe wechselt nicht nur die Herausgeberschaft der „if – Zeitschrift für Innere Führung“ vom Presse- und Informationsstab im Bundesministerium der Verteidigung an das Zentrum Innere Führung. Zugleich erhält das Zentrum Innere Führung einen neuen Kommandeur: Brigadegeneral André Bodemann.

**Z**ur Bundeswehr kam ich 1985 als Wehrpflichtiger. Mein Zugführer und mein Kompaniechef haben mich damals mit ihrer Professionalität, ihrem Auftreten und Führungsverhalten beeindruckt, ja begeistert – Innere Führung pur, meine ich. Und letztlich hat mich dies davon überzeugt, Zeit- und Berufssoldat werden zu wollen. Seitdem war ich wechselnd in Stabs- und Führungsverwendungen im Grundbetrieb oder im Einsatz sowie in ministeriellen Verwendungen vorrangig mit Einsatzbezug eingesetzt. Jetzt stehe ich als Kommandeur des Zentrums Innere Führung in der Linie der Herren Generale Artur Weber und Ulrich de Maizièr bis hin zu meinem direkten Vorgänger Reinhard Zudrop. Eine große Verantwortung, Führungsaufgabe und Ehre, die ich mit Demut, Dankbarkeit und großer Freude annehme. Die Innere Führung war für mich stets ein bewährtes und beständiges Fundament für verantwortliches soldatisches Handeln unter Bindung an die

Werte und Normen des Grundgesetzes. Die Innere Führung ist jedoch kein Selbstzweck. Sie stärkt den Einsatzwert der Bundeswehr und trägt damit substantiell zu ihrer Einsatzbereitschaft im Rahmen des internationalen Krisenmanagements sowie der Landes- und Bündnisverteidigung bei. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unsere Führungskultur, die Charakter- und Persönlichkeitsentwicklung sowie das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten ebenso wichtig sind wie Ausbildung und einsatzfähiges Material.

Moderne Technologien, Medien, gesellschaftliche Trends und vieles mehr beeinflussen die Einstellung und das soziale Verhalten von Menschen. Daher muss auch die Innere Führung ständig weiterentwickelt werden, um neu und verbindlich Orientierung zu bieten. Die Grundsätze der Inneren Führung gelten jedoch unverändert. Sie sollen, ja sie müssen allerdings aus innerer Überzeugung gelebt werden. Das Bewährte zu wahren und zu leben sowie – wo angebracht – die Innere Führung zeitgemäß zu gestalten und weiter zu entwickeln, das möchte ich mit Ihnen gemeinsam tun. So hoffe ich, dass es uns – im „if-Team“ – in dieser Ausgabe gelungen ist, für Sie interessante und aktuelle Themen aus Politik, Gesellschaft, Zeitgeschichte und Ethik rund um die Innere Führung auch als Anstoß für eine Diskussion zusammenzu-

stellen. Das Karfreitagsgefecht 2010 steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Die Geschehnisse und deren Auswirkungen habe ich seinerzeit als Referent für Einsätze im Büro des beamteten Staatssekretärs erlebt. Das bis dahin verlustreichste Gefecht seit Bestehen der Bundeswehr als zentraler Bestandteil unserer Bundeswehrgeschichte ist Anlass genug, sich diesem auch in Bezug auf unsere Erinnerungskultur zu widmen. Denn vor allem: Vergessen dürfen wir nie! Als ehemaliger Kommandeur des Deutschen Einsatzkontingents Resolute Support und COM TAAC N war für mich gerade der Ehrenhain im Camp Marmal in Mazar e-Sharif immer ein besonderer Ort der Erinnerung, der Besinnung und des Gedenkens.

Auf künftige Begegnungen und Gespräche mit Ihnen am Zentrum Innere Führung in Koblenz oder an anderer Stelle freue ich mich. Bis dahin wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre dieser Ausgabe! ■

## André Bodemann

Jahrgang 1965, Brigadegeneral, ist seit 27. März 2020 Kommandeur des Zentrums Innere Führung. Zuvor war er Unterabteilungsleiter Strategie und Einsatz II im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin.

Foto: picture alliance/dpa/Bernd von Jutzenka



# Die Trauerfeiern des Afghanistaneinsatzes

Schritte zu einem öffentlichen Soldatengedenken bei Todesfällen im Einsatz



Foto: privat

Der Afghanistaneinsatz konfrontierte die Bundesrepublik unausweichlich mit der Frage, wie sie ihrer verstorbenen Soldaten gedenken soll. Eine wachsende Bedeutung nahmen dabei die militärischen Trauerfeiern für die Gefallenen in Deutschland ein. Dass diese sich zu einem öffentlichen Soldatengedenken entwickeln würden – mit ministerieller Beteiligung, in einer Kirche und, soweit es die Pietät zulässt, mit Medienberichterstattung – war zunächst keineswegs zu erwarten.

**I**m April 2010 bietet sich der Bundesrepublik ein seit langem unbekanntes Bild. In einer Dorfkirche im niedersächsischen Selsingen stehen drei flaggenbedeckte Särge flankiert von drei Soldaten je Seite und einem auf dem Kopfende ruhenden Gefechtssturm. Die Särge füllen den Altarraum nahezu vollständig aus.

Die Kirche ist voll besetzt; unter den Gästen im Schiff und auf der Empore befinden sich ebenfalls zahlreiche Soldaten. Hinter den Särgen tritt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg an ein Pult. Und hält eine Trauerrede. Es ist nicht die erste eines deutschen Verteidigungsministers in einer Kirche. Mit seiner

Wortwahl aber betritt zu Guttenberg Neuland. „Was wir am Karfreitag bei Kundus erleben mussten, das bezeichnen die meisten verständlicherweise als Krieg. Ich auch“, lautet die in der Folge vielzitierte Passage. Krieg – sowohl Kritiker als auch Befürworter des Bundeswehrein-satzes in Afghanistan hatten →

Das Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin würdigt seit 2009 ausdrücklich alle in Folge ihres Dienstes verstorbenen Bundeswehrangehörigen. Der 2014 bei Potsdam eingeweihte Wald der Erinnerung (Foto) dient als Ort der persönlichen Trauer.

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

diesen Begriff aus jeweils eigenen Motiven über mehrere Jahre hinweg von der Bundesregierung gefordert. Der Minister hatte sich ihm zuvor angenähert, von „kriegsähnlichen Zuständen“ in Afghanistan gesprochen und davon, dass man „umgangssprachlich von Krieg reden“ könne. Wirklich ausgesprochen hatte er den Begriff Krieg jedoch erstmals in seiner Trauerrede für die drei deutschen Fallschirmjäger, die im Gefecht am 2. April 2010 nahe Kundus gefallen sind. Die rechtlichen Folgen des Kriegsbegriffs, die im Grundgesetz festgelegt sind, und ob er der komplexen Einsatzrealität Afghanistans gerecht wurde, können hier nicht erörtert werden. Bemerkenswert ist allerdings, dass sein erstmaliger Gebrauch durch den Minister an den Särgen getöteter Soldaten erfolgte. Der Weg zu der Anerkennung, dass

die Soldaten eines gewaltsamen Todes für das deutsche Volk gestorben sind, war in der Bundesrepublik jedoch kein einfacher. Zwar waren in Auslandseinsätzen vor 2010 Soldaten der Bundeswehr gefallen und weitere durch Unfälle und andere Umstände im Zusammenhang mit dem Dienst ums Leben gekommen. Der ISAF-Afghanistaneinsatz, in dem 35 deutsche Soldaten fielen, bedeutete für die Bundesrepublik, die sich bislang in militärischer Zurückhaltung übte, allerdings eine Zäsur. Der Einsatz stellte die Bundesregierung vor die Frage, wie die Bundesrepublik der verstorbenen Soldaten gedenken soll. Während das seit 2009 bestehende Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin ausdrücklich alle in Folge des Dienstes verstorbenen Bundeswehrangehörigen würdigt und der 2014 bei Potsdam

eingeweihte Wald der Erinnerung als Ort der persönlichen Trauer dient, hat sich im Laufe des Afghanistaneinsatzes mit den zentralen Trauerfeiern für gefallene Soldaten ein weiterer wichtiger Teil des Soldatengedenkens etabliert. Der Weg dahin folgte jedoch keinem Automatismus, sondern er beruht auf mehreren Weichenstellungen.

**Militärische Trauerfeiern.** Das Soldatengedenken in Demokratien ist nicht selbstverständlich, sondern ist untrennbar mit der Herausbildung des Nationalstaats und der Aufstellung von Wehrpflichtarmeen verbunden. Zuvor war das militärische Handwerk „Angelegenheit eines eigenen Standes“ gewesen, „bei dem der Tod gewissermaßen zum Berufsrisiko gehörte“, so die Historiker Michael Jeismann und Rolf Westheider. Das änderte sich erst





Während einer Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag im Bundesverteidigungsministerium tragen Soldaten am 18. November 2018 Kränze in das Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin.

Foto: Bundeswehr/Uwe Grauwinkel



### Lesetipps:

**Hetting, Manfred; Echternkamp, Jörg (Hg.):** Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2008.

**De Libero, Loretana:** Tod im Einsatz. Deutsche Soldaten in Afghanistan. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam, 2014.

**Nieke, Sebastian:** Gefallene Helfer. Das Soldatengedenken der Bundesrepublik zwischen militärischer Zurückhaltung und professionsethischer Würdigung der Bundeswehr. Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 9(1), S.79-100. Verlag VS, Wiesbaden, 2016.

mit der Französischen Revolution und den Befreiungskriegen gegen Napoleon. Da nun Staatsbürger zum Dienst an der Waffe verpflichtet wurden, verlangte auch der Soldatentod nach Anerkennung durch das Gemeinwesen.

Das Soldatengedenken in der Bundesrepublik unterscheidet sich ganz bewusst von der Überhöhung des soldatischen Opferkultes im Nationalsozialismus. Die Bundesrepublik distanziert sich vom

nationalsozialistischen Militarismus durch eine gewisse Zurückhaltung im militärischen Zeremoniell. Die Bundeswehr tritt insbesondere am Volkstrauertag mit Kranzniederlegungen öffentlich in Erscheinung. Laut der Friedensforscherin Sabine Mannitz sei dieses Zeremoniell für die Bundeswehr selbst „als Mahnung vor dem Einsatz des militärischen Instrumentariums schlechthin“ gedacht.

Auch im Kalten Krieg verloren

zahlreiche Soldaten der Bundeswehr durch Unfälle ihr Leben und vielen von ihnen wurde mit einer militärischen Trauerfeier gedacht. Eine Formensprache dafür wurde seit den Sechzigerjahren in der Zentralen Dienstvorschrift 10/8, heute der Zentralrichtlinie „Formen und Feiern der Bundeswehr“ gefunden. Voraussetzung einer solchen Trauerfeier ist stets das Einverständnis der Angehörigen. Das Zeremoniell sieht die Bedeckung des aufgebahrten Sarges mit der Bundesdienstflagge und einer militärischen Kopfbedeckung vor. Auf einem Ordenskissen werden zudem die Ehrenzeichen des Toten präsentiert. Der Sarg wird von Ehrenposten flankiert und bei zentralen Trauerfeiern auch bei der Überführung von Soldaten des Wachbataillons getragen. Die spätere Bestattung des Toten erfolgt zivil. Je nach Wunsch und Absprache →

mit den Angehörigen kann auch diese von militärischem Geleit begleitet werden. Den musikalischen Schlusspunkt der Trauerfeier bildet das üblich mit der Trompete intonierte Lied vom guten Kameraden. Neben der Ansprache eines Geistlichen gibt es eine Trauerrede eines militärischen Vorgesetzten. Schon vor 1990 übernahm in einigen Fällen, wenn beispielsweise ein schwerer Unfall öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog, der Bundesminister der Verteidigung diese weltliche Trauerrede.

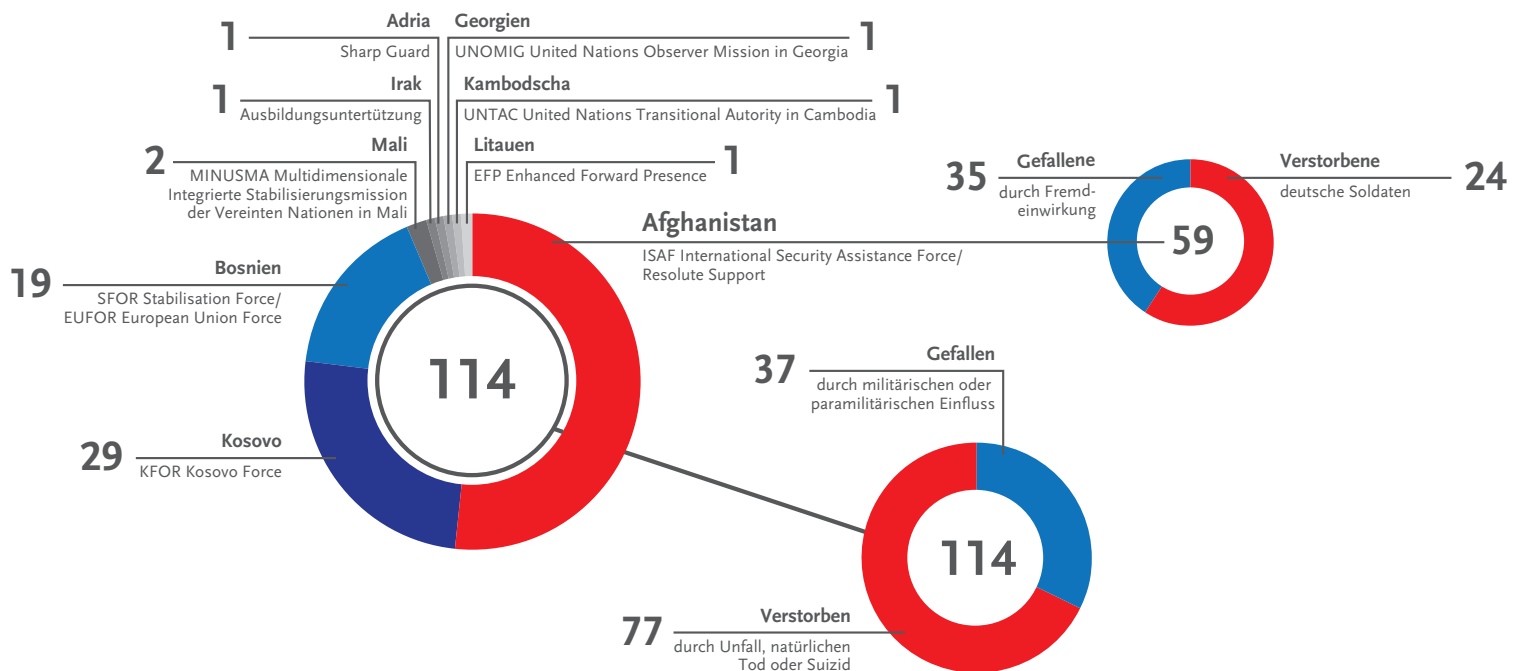
**Politische Verantwortung.** An dieser Praxis wurde später festgehalten. So hielt bereits Verteidigungsminister Volker Rühe für den 1993 in Kambodscha erschossenen Feldwebel Alexander Arndt eine Trauerrede

auf dem Fliegerhorst Wunstorf. Zuletzt hielt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im August 2017 die Trauerrede für zwei Soldaten, die beim Absturz ihres Kampfhubschraubers Tiger in Mali ums Leben gekommen waren. Eine ministerielle Rede gibt einer Trauerfeier „zwangsläufig einen politischen Charakter“, so die Historikerin Loretana de Libero. Sie unterstreicht die politische Verantwortung für den Einsatz der Bundeswehr und erzeugt gleichzeitig eine gesteigerte Aufmerksamkeit in Politik und Medien. Die Tatsache, dass eine Mehrheit der Deutschen die Bundeswehr vor allem durch die Medien wahrnimmt, verschafft dem Gedenken eine überregionale Sichtbarkeit. Weil es dem Standort des Ehrenmals der Bundeswehr am Bendlerblock an

Sichtbarkeit mangle, steht er in der Kritik. Die ministeriellen Trauerreden sind somit ein wichtiges Element für die Öffentlichkeit des Gedenkens und koppeln dieses zugleich zurück an den politischen Auftrag. Der Afghanistaneinsatz war in der deutschen politischen Öffentlichkeit lange als Friedenssicherungs- und Wiederaufbaumission wahrgenommen worden. Die Lage im Verantwortungsbereich der Bundeswehr in Nordafghanistan änderte sich allerdings spätestens 2007 durch ein vermehrtes Einsickern Aufständischer drastisch. Die deutschen Kräfte waren zunehmenden Angriffen ausgesetzt, erlitten steigende Verluste und mussten sich ab 2009 regelmäßig im offenen Gefecht durchsetzen. Die offiziellen Verlautbarungen wurden dieser veränderten Einsatz-

## Verstorbene Bundeswehrangehörige im Auslandseinsatz

Deutschland beteiligte sich seit 1992 mit insgesamt 431.421 Soldatinnen und Soldaten in bisher 53 Einsätzen, Stand Januar 2019



Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

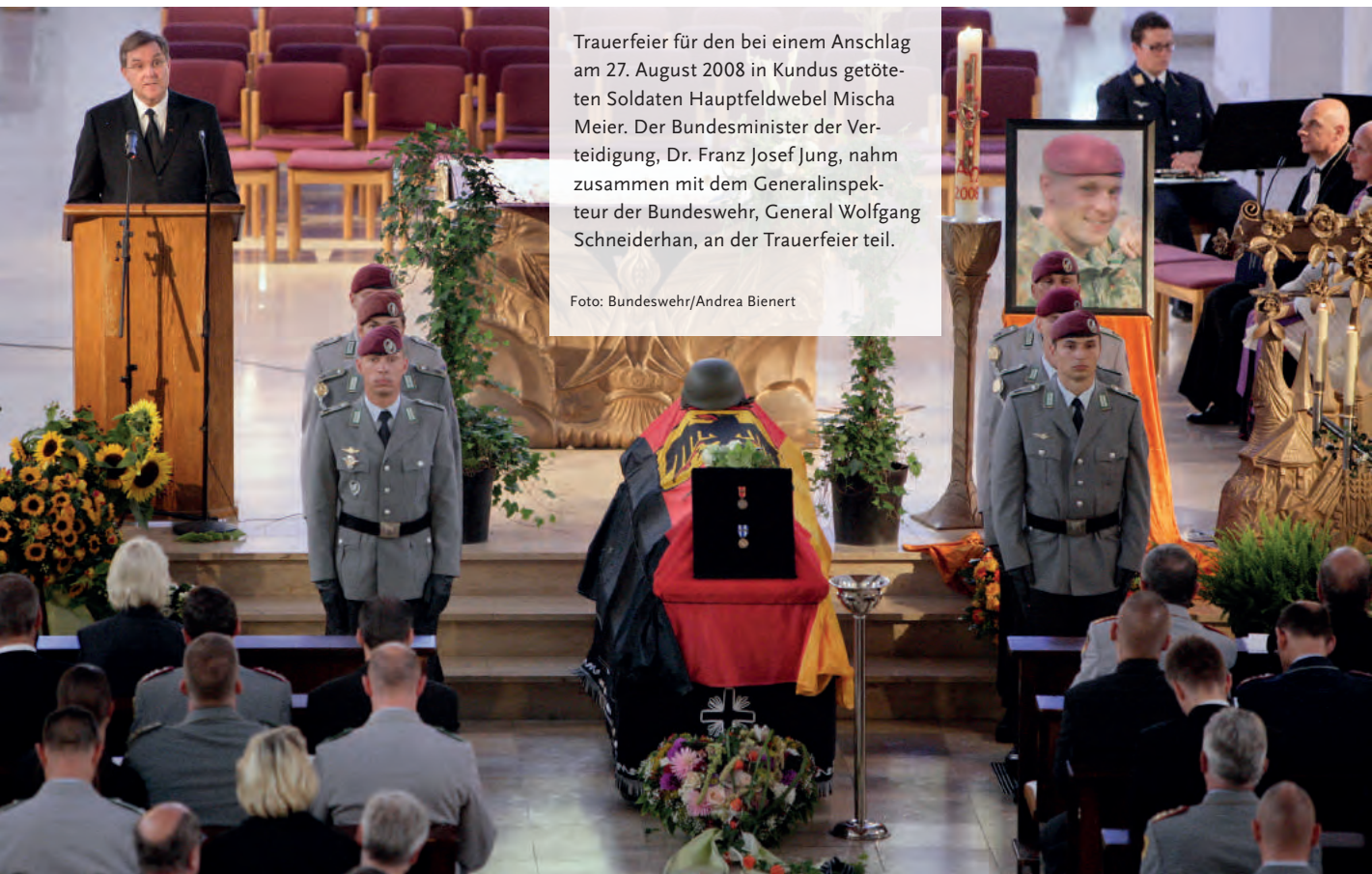


realität jedoch lange nicht gerecht – der Historiker Klaus Naumann spricht von einem „Vermeidungsdiskurs“. Insbesondere Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sah sich ab 2008 zunehmend in der Kritik, weil er die gewaltsame Realität des Einsatzes nicht anerkannte. Da Jung am Begriff „Stabilisierungseinsatz“ festhielt, wurde von ihm mehrfach gefordert, den Krieg in Afghanistan ausdrücklich als solchen zu benennen. „In Deutschland besteht ein großes Bedürfnis nach einer Kriegserklärung“, spitzte es der Journalist Stefan Kornelius Mitte 2009 zu, „und zwar im Sinne von: Den Krieg erklären, ihn in Worte fassen.“ Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe kritisierte zur selben Zeit, dass die Einsatzrealität in der Öffentlichkeit verdrängt werde und forderte von

Kirchen, Gewerkschaften und der Wirtschaft ein klares Bekenntnis zur Bundeswehr, die „in Afghanistan in einem schweren Kampf“ stehe. Derweil sprach sich in Umfragen eine wachsende Mehrheit der Deutschen für die Beendigung des Einsatzes aus.

**Ortswechsel.** Im Verteidigungsministerium fiel die Entscheidung für einen Ortswechsel der Trauerfeiern. Bis 2007 hatten sie in einem Hangar auf dem militärischen Teil des Flughafens Köln/Bonn stattgefunden. Die Toten werden hier nach der Überführung aus Afghanistan bereits mit militärischen Ehren in Empfang genommen, wie es auch in vielen verbündeten Staaten üblich ist. Im Sommer 2008 entschied Minister Jung allerdings, die Trauerfeier für den durch eine Sprengfalle nahe

Kundus getöteten Hauptfeldwebel Mischa Meier hingegen nicht mehr am Flughafen, sondern in einer Kirche am Stationierungsort des Fallschirmjägers in Zweibrücken abzuhalten. Die ehrenvolle Aufnahme des Toten am Flugzeug blieb bestehen. Der Wechsel in eine Kirche kam dem privaten Trauerbedürfnis entgegen. Viele Angehörige deutscher Soldaten hatten die Atmosphäre des Hangars als wenig pietätvoll empfunden. Während bereits der Ortswechsel selbst einen großen symbolischen Schritt in die Öffentlichkeit bedeutete, ließ das zuständige Presse- und Informationszentrum des Heeres in Zweibrücken den Medien erstmals Zugang zu den Trauerfeiern. Presse, Fernsehen und Hörfunk wurden aktiv zur Berichterstattung eingeladen und erschienen in wachsen- ➔



Trauerfeier für den bei einem Anschlag am 27. August 2008 in Kundus getöteten Soldaten Hauptfeldwebel Mischa Meier. Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, nahm zusammen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, an der Trauerfeier teil.

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert



Der Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg bei der Trauerfeier für die im Karfreitagsgefecht 2010 in Afghanistan gefallenen Soldaten in der St.-Lamberti-Kirche in Selsingen bei Seedorf in Niedersachsen.

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

der Zahl. An der Trauerfeier nach dem Karfreitagsgefecht nahmen über 100 Medienvertreter teil. Zugleich wurde sichergestellt, dass der pietätvolle Rahmen gewahrt bleibt. So finden bis heute die Akkreditierungen der angereisten Journalisten abseits der Trauerfeier statt, und die Bundeswehr stellt einen Bustransport zur Kirche bereit. Vor Ort sendet ein regionaler Fernsehsender live aus der Kirche, der das Signal anderen Medien zur Verfügung stellt. Wegen des häufig begrenzten Platzes wird die Trauerfeier auch auf eine Großleinwand nahe der Kirche übertragen.

**Öffentlichkeit.** In Demokratien zeigt sich eine mediale Sensibilität in Bezug auf den Soldatentod im Auslandseinsatz. In den USA etwa war die Rückführung getöteter Soldaten auf der Dover Air Force Base für Medien lange tabu, und erst Präsident Barack Obama hob den sogenannten „Dover Ban“ 2009 auf. Der in Kanada 2006 erlassene Bann für den Stützpunkt Trenton, wurde

von Premier Stephen Harper nach breiter öffentlicher Kritik wieder zurückgenommen.

In einer Phase der zunehmend kontroversen Diskussion über den Afghanistaneinsatz, entwickelte die Bundesrepublik das Soldatengedenken zu einer Geste mit mehr Öffentlichkeit. An den Trauerfeiern nahmen jetzt auch häufiger weitere Mitglieder des Bundeskabinetts, Bundestagsabgeordnete, Ministerpräsidenten der Bundesländer und andere politische Mandatsträger teil. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt nach dem Karfreitagsgefecht im April 2010 selbst eine vielbeachtete Trauerrede für die drei getöteten Fallschirmjäger und nahm noch an zwei weiteren Trauerfeiern teil, bei denen Minister zu Guttenberg sprach.

**Anerkennung.** Erstmals fielen wichtige Worte aus der Diskussion über den Einsatz in den Trauerreden. Die Trauerfeier nach dem Karfreitagsgefecht stellte nur einen Schritt von mehreren in diese Rich-

tung dar. In Folge der Forderungen nach mehr Anerkennung der getöteten Soldaten, sprach Minister Jung bei der Trauerfeier in Zweibrücken Ende 2008 erstmals von Gefallenen. Insbesondere der Bundeswehrverband hatte diese Wortwahl zuvor öffentlich gefordert. Im amtlichen Sprachgebrauch war der Gefallenenbegriff stets vermieden worden, doch seit der Zweibrücker Trauerfeier findet er auch über den Gedenkkontext hinaus in der Kommunikation der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums offiziell Verwendung. Jahrzehntelang war der Begriff den Toten vergangener Kriege vorbehalten gewesen. Auf die Trauerfeiern folgend wurde er von zahlreichen Zeitungen in ihrer Berichterstattung übernommen. Anderthalb Jahre später bei der Trauerfeier nach dem Karfreitagsgefecht sprach Minister zu Guttenberg von Krieg. Auch Bundeskanzlerin Merkel ging in ihrer Trauerrede darauf ein. Viele Medien interpretierten die Wortwahl als Anerkennung des





Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der Trauerfeier für die in Afghanistan gefallenen Soldaten in Selsingen.

Foto: Bundeswehr/Dana Kazda

soldatischen Dienstes unter zunehmender Gewalterfahrung. Andere Aspekte der Reden blieben weniger beachtet, darunter die vermehrte Bezugnahme auf den Diensteid. Bereits Minister zu Guttenberg verwies in mehreren Trauerreden ausdrücklich auf die Eideserfüllung der Gefallenen. Sein Nachfolger Thomas de Maizière stellte bei der Trauerfeier für einen Mitte 2011 durch eine Sprengfalle getöteten Fahrer eines Schützenpanzers Marder auch die Singularität dieses Eides heraus: „Niemand sonst als Soldaten leisten diesen Eid, und niemandem sonst verlangen wir diesen Eid ab. Er war bereit, dafür das Äußerste zu geben: sein eigenes Leben.“ Bevölkerung und Medien nahmen das sich entwickelnde Gedenken mit einer ausgesprochenen Nüchternheit auf. Einerseits blieb der Vorwurf einer vermeintlichen Militarisierung des öffentlichen Raumes aus. Auch die Kritik an der Verknüpfung von Trauer und Politischem oder militärischen Formen und unter Einbe-

ziehung kirchlicher Symbolik der jeweiligen Konfession hielt sich in Grenzen. Gleichzeitig hatte es vor dem Ortswechsel keine vernehmbare Kritik am nichtöffentlichen Raum des Gedenkens oder Forderungen nach mehr Sichtbarkeit und einem einfacheren Medienzugang gegeben, wie es in Kanada der Fall gewesen war.

Gleichwohl deutet die Nüchternheit darauf hin, dass die Bundesbevölkerung entgegen mancher Behauptung auch angesichts des Soldatentodes zwischen Anerkennung der Bundeswehr und Kritik an einem Einsatz differenziert – ein Befund, der sich regelmäßig in Umfragen zeigt. Dass das Gedenken gerade in Zeiten kontroverser Diskussion erkennbar in die Öffentlichkeit geholt wurde, wird zugleich dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform in besonderem Maße gerecht. Mit den zentralen Trauerfeiern für Gefallene bekam ein wichtiger Teil des Soldatengedenkens in Deutschland eine angemessene Würdigung. ■



Foto: privat

### Sebastian Nieke

Jahrgang 1985, Politikwissenschaftler und Redakteur an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin, befasst sich mit sicherheitspolitischer Kommunikation. Als Staatsbürger in Uniform setzt er sich seit 2007 mit dem Soldatengedenken der Bundesrepublik auseinander. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

#### Kurz gefasst:

Mit dem Afghanistaneinsatz entwickelten sich die zentralen Trauerfeiern für Verstorbene zu einem wichtigen Teil des Soldatengedenkens in Deutschland. Dass diese Trauerfeiern gerade in Zeiten kontroverser Diskussion um die Anwendung des Kriegsbegriffes und die Benennung Gefallener erkennbar in die Öffentlichkeit gerückt sind, wird dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform in besonderem Maße gerecht.

# Tradition erleben

Regionale Ausstellungen als Aspekt soldatischer Persönlichkeitsbildung



„Eine Armee entsteht nicht aus dem Nichts. Sie ist wie ein Baum, dessen Wurzeln tief in die Vergangenheit hineinreichen. Schnitte man die Wurzeln ab, stürbe der Baum“, so beschrieb der ehemalige Generalinspekteur Ulrich de Maizière die Bedeutung von Tradition und Traditionspflege für moderne Streitkräfte. Gleichmaßen stellte er jedoch auch klar: „Abgestorbene oder kranke Wurzeln sind abzuschneiden, gesunde Wurzeln zu erhalten, neu wachsende Wurzeln zu kräftigen.“

▲ Die Streitkräftebasis ist seit Jahren um eine eigene selbstbewussten Traditionsfindung bemüht. Den Anfang hat sie mit der Regionalen Ausstellung Streitkräftebasis auf der Hardthöhe in Bonn gemacht.

**D**ie Stärkung und Weiterentwicklung der eigenen Identität und die Vertiefung des vertrauensgeleiteten Verhältnisses von Streitkräften und Gesellschaft gehören zu den bestimmenden Merkmalen im Selbstverständnis der Bundeswehr seit ihrer Gründung. Die Wertschätzung des Auftrags, des eigenen Dienstes und nicht zuletzt die Anerkennung der eigenen Leistungen für und durch die Öffentlichkeit spielen hierbei eine entscheidende Rolle.

Auch die Bundeswehr des 21. Jahrhunderts kennt neu wachsende Wurzeln. Dies gilt insbesondere für die jüngeren Organisationsbereiche, wie die Streitkräftebasis oder den Bereich Cyber- und Informationsraum, die ihren Platz innerhalb der Tradition der Bundeswehr etablieren. Die Streitkräftebasis – immerhin der personell zweitstärkste Organisationsbereich der Bundeswehr – arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einer eigenen, selbstbewussten Traditionsfindung,

für die sie mit der „Regionalen Ausstellung Streitkräftebasis“ auf der Hardthöhe in Bonn den ersten großen Schritt gegangen ist.

**Tradition und Identität in der Streitkräftebasis.** Die Streitkräftebasis wurde im Oktober 2000 als eigenständiger militärischer Organisationsbereich aufgestellt. Sie bündelt Aufgaben, die zuvor von den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine in Eigenverantwortung

Foto: Bundeswehr/Roland Alpers



Deutschland ist für die NATO als Transitland eine strategische Drehscheibe: Die 3. Brigade der 4. US-Infanteriedivision verlegt über Bremerhaven nach Polen. Im Rahmen des sogenannten Host Nation Support organisiert die Streitkräftebasis große Teile der logistischen Unterstützung. Schwere Fahrzeuge wie Panzer werden auf der Bahn transportiert.

Foto: Bundeswehr/Alyssa Bier



## Das Traditionshaus

der Streitkräftebasis



Grafik: KdoSKB Referat Innere Führung/Bundeswehr/Daniela Hebbel

oder in den zentralen militärischen Dienststellen wahrgenommen wurden.

Die Streitkräftebasis vereint in ihrem Portfolio einzigartige Unterstützungsleistungen für die Bundeswehr und ihre ressortübergreifenden sowie multinationalen Partner. Zudem ist der Inspekteur der Streitkräftebasis in Personalunion der Nationale Territoriale Befehlshaber. Als dieser verantwortet er den Heimatschutz und übernimmt eine für die Bündnisverteidigung besondere Verantwortung: als mögliches Aufmarschgebiet und vor allem Transitland ist Deutschland für die NATO zur strategischen Drehscheibe und zum Träger der Bündnisverteidigung in Europa geworden. Dies wird wesentlich gestützt durch die →

unter dem Dach der Streitkräftebasis vereinten Dienststellen mit ihren einzigartigen Fähigkeiten. Dies sind zum einen die spezifischen, langen Traditionen der Logistik, der Feldjäger, der ABC-Abwehr und des Streitkräfteamtes. Zum anderen bilden auch das Kommando Territoriale Aufgaben und das Multinationale Kommando Operative Führung eigene Identitäten aus, die die Streitkräftebasis nachhaltig prägen. Gemeinsam ist dem Organisationsbereich Streitkräftebasis jedoch seit jeher der Zweck der Unterstützung und Befähigung sämtlicher Organisationsbereiche und damit der gesamten Bundeswehr im Grundbetrieb ebenso wie als wichtiger Bestandteil der Auslandseinsätze. Dies seit nunmehr 20 Jahren täglich zu leisten, ist Tradition der Streitkräftebasis. Damit einher geht auch der Auftrag, dieses Selbstverständnis im Dienstalltag aktiv zu vermitteln und zu leben. Die Tradition der Streitkräftebasis speist sich daher ebenso wie die der gesamten Bundeswehr in einem integrativen Prozess aus der deutschen Geschichte. Basierend auf den Werten und Normen des Grund- sowie des Soldatengesetzes und zentral geprägt durch die Tradition der Bundeswehr entwickelt sie jedoch auch ein eigenes, spezifisches Traditionsverständnis. Dabei soll die Tradition der Streitkräftebasis nicht als statisch, sondern vielmehr als dynamisch und sich stetig weiterentwickelnd wahrgenommen werden. Sie lässt sich mit einem Bauwerk vergleichen, das mit weiteren tragenden Elementen verstärkt wird. Diese veranschaulicht das auf S.13 abgebildete „Traditionshaus“.

**Regionale Ausstellungen: Stolz fördern – Identität stärken – Unterstützung geben.** Im Rahmen der „Agenda Attraktivität“ wurde eine Möglichkeit geschaffen, über sogenannte Regionale Ausstellungen

sowohl die Geschichte als auch die Leistungen der Bundeswehr und ihrer Dienststellen vor Ort darzustellen. Dabei soll, im Sinne des Traditionsverständnisses, „der Stolz der Angehörigen der Bundeswehr auf die erbrachten Leistungen im Grundbetrieb und im Einsatz“ gefördert werden. Im Einklang mit neu erlassenen Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege sollen diese standort- und verbandsbezogenen Ausstellungen

Lernorte der historisch-politischen, wie auch der ethischen Bildung werden, das Bewusstsein für die eigene Tradition schärfen und dadurch die soldatische Identität stärken. Gegenwärtig verfügt die Bundeswehr flächendeckend über 19 Regionale Ausstellungen unterschiedlichster Couleur und Qualität.

**Einbindung in die Persönlichkeitsbildung.** Die Regionale Ausstellung Streitkräftebasis in Bonn zeigt, wie sich

#### » Generalleutnant Schelleis :

„Wir bieten hier eine Fülle von Anregungen, wie man sich dem Thema Tradition in der Streitkräftebasis nähern kann.“ Generalinspekteur Eberhard Zorn resümierte nach einem Rundgang durch die Ausstellungsräume: „Mit dieser Regionalen Ausstellung hat die SKB deutlich vorgelegt.“



Foto: Bundeswehr/Jonas Weber



Der Seminarraum dient für Vertiefungsseminare im Rahmen der Inneren Führung.

Foto: Bundeswehr/Sahir Kermani



die Zielsetzung der Traditionsstiftung in den Teilstreitkräften und Organisationsbereichen umsetzen lässt und welche Aspekte besondere Beachtung finden müssen, um sie auch mittelfristig zum Erfolg zu führen.

Sie distanziert sich daher von einem rein historisch geprägten Traditionsbegriff, sondern versteht Tradition und deren Pflege vielmehr als Katalysator, der Fortschritt ermöglichen muss, in dem er auf Gegenwart und Zukunft des Dienstes in der Bundeswehr ausgerichtet wird. „Wo kommen wir her?“ „Wer sind wir?“ aber auch „Wer wollen wir (künftig) sein?“ Diese Fragen bestimmen maßgeblich die Identität der Streitkräftebasis. Dieses Konzept wurde deshalb gewählt, weil es die einzelnen Angehörigen der Bundeswehr in den Mittelpunkt der Traditions-

pflege rückt: Damit bekommt die Auseinandersetzung mit Geschichte einen individuellen Charakter und trägt zur Persönlichkeitsbildung bei. Der vielfältige kulturelle Ursprung der Bundeswehr ist ihr Kapital, das es jetzt und zukünftig auszugestalten gilt. Die unterschiedlichsten Fähigkeiten, die gelebte Vielfalt und die dauerhafte Bereitstellung und Unterstützung zentraler militärischer Fähigkeiten sind Eigenschaften, die ein Fortschrittsdenken erfordern und das Nutzen verschiedenster Erfahrungshorizonte und Kenntnisse von Menschen mit unterschiedlichen Prägungen nach sich ziehen. Nur dadurch können bestimmte Denkansichten und Verhaltensweisen zur Tradition werden. Die Vielfalt der Fähigkeiten verlangt Vertrauen in die Spezialistinnen und

Spezialisten, ihre Aufgabe kompetent wahrzunehmen. „Vertrauen, Verantwortung, Vorbild und Vielfalt im gemeinsamen Dialog“ soll daher nicht nur Wahlspruch, sondern Organisationsprinzip der Streitkräftebasis und damit ein eigener Traditionswert werden und sein, den es künftig zu leben und weiter zu gestalten gilt. Das fordernde und multiple Einsatzspektrum der Gegenwart stellt hohe Ansprüche an die Psyche und die Physis der Soldatinnen und Soldaten. Im multinationalen oder zivil-militärischen Umfeld und in fernen Einsatzländern mit fremden Kulturen reicht es nicht mehr aus, fachlich und körperlich gut aufgestellte Soldatinnen und Soldaten entsenden zu können. Vielmehr kommt einer gefestigten und →



Fachwissen rund um die Streitkräftebasis war gefragt. Viel Anklang fand das Brettspiel „Kennen Sie unsere Streitkräftebasis?“ Generalinspekteur Eberhard Zorn und Generalleutnant Martin Schelleis probierten das Spiel bei der Ausstellungseröffnung persönlich aus.

Foto: Bundeswehr/Roland Alpers

belastbaren Persönlichkeit zunehmende Bedeutung zu. Über die Einbindung in ein bedarfsorientiertes, methodisch-didaktisches Konzept, dem „Lernort Bonn“, wird unterstrichen, wie sich Regionale Ausstellungen im Rahmen der soldatischen Persönlichkeitsbildung nutzbar machen lassen, um historische, politische und ethische Kompetenzen zu schaffen und Sensibilität zu schärfen. Dazu werden im Kontext von dreitägigen Programmen mittels Modulen Schwerpunktthemen vertieft, die von der historisch-politischen Auseinandersetzung am authentischen Lernort über ethische Bildung bis hin zu modernem Vielfaltsmanagement reichen. Dies soll jedoch kein Selbstzweck sein, im Gegenteil: Der Austausch

mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist zugleich Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Identität der Streitkräftebasis. So entwickelt sich Tradition nicht zu einer erzwungenen Einbahnstraße, sondern zu einem sich gegenseitig beeinflussenden, wiederholenden Prozess.

Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Sammlungen und Regionalen Ausstellungen aktiv in die tägliche Aus- und Weiterbildung von Soldatinnen und Soldaten einzubinden. Denn dieser Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist dabei explizit Teil der Traditionsarbeit. Nur durch eine dauerhafte Nutzbarmachung und Nutzung als Lernorte zur Persönlichkeitsbildung leistet das Konzept der Regionalen

Ausstellungen seinen stetigen Beitrag zur Identitätsstiftung und zur Traditionspflege der Bundeswehr.

### **Tradition in der Bundeswehr – Eine historische Herausforderung.**

Traditionspflege und historisch-politische sowie ethische Bildung sind dementsprechend nicht nur Führungsaufgaben. Alle Angehörigen der Bundeswehr tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass die Tradition in den Köpfen der Menschen verankert bleibt. Eine lebendige von Menschen getragene Tradition ist Ausdruck eines selbstbewussten Traditionsverständnisses der Bundeswehr. Der neue Traditionserlass betont nicht nur die Führungsverantwortung der Vorgesetzten in der Traditionspflege, er gibt auch konkrete Aufträge



Soldaten von Heer und Marine des Wachbataillons sind im Ehrenhof des Kanzleramtes in Berlin anlässlich des Besuchs des peruanischen Staatspräsidenten am antreten. Das Antreten gehört zu den Traditionen in der Bundeswehr.

Foto: picture alliance/dpa/Hans-Joachim Rech



für die Ausgestaltung einer lebendigen Tradition vor. Hierzu zählen

- die fortlaufend schöpferische Gestaltung einer wertgebundenen Bildung,
- die ständige Überprüfung und Fortentwicklung der Tradition mit dem Ziel der Gegenwarts- und Zukunftsorientierung,
- die nachhaltige Vermittlung von Identitäts- und Traditionsverständnis,
- die Würdigung und Entfaltung der bundeswehreigenen Geschichte in den Teilstreitkräften und Verantwortungsbereichen.

Durch die zahlreichen Brüche, Diskontinuitäten und Besonderheiten der deutschen Militärgeschichte stellt die Traditionsfindung und -pflege demokratischer, vom Parlament kon-

trollierter deutscher Streitkräfte eine dauerhafte Herausforderung dar. Der erste, heute weniger bekannte Traditionserlass entstand in diesem Kontext bereits 1965 unter Ägide des damaligen Verteidigungsministers Kai-Uwe von Hassel (CDU). Er wurde wesentlich von ehemaligen Angehörigen aus Reichswehr und Wehrmacht verfasst und geprägt, die sich der Defizite in der politischen Kontrolle früherer deutscher Armeen sehr bewusst waren. Als Produkt des Wandels von Weltkrieg und Nachkrieg zum Kalten Krieg stellte er in vielerlei Hinsicht einen Kompromiss dar. Einerseits transportierte er noch die Vorstellungen vom „loyalen deutschen Landser“, stellte andererseits jedoch bereits zentrale Prinzipien der Inneren Führung wie Führungsver-

antwortung und soldatische Motivation deutlich heraus. Entsprechend ambivalent ist daher aus heutiger Perspektive der sprachliche Duktus, wenn mit Bezug zum Zeitalter der Weltkriege festgestellt wurde: „Rechte Traditionspflege ist nur möglich in Dankbarkeit und Ehrfurcht vor den Leistungen und Leiden der Vergangenheit.“ (TradErl 1965, II 8) Andererseits wurde jedoch bereits die feste Verankerung des mündigen „Staatsbürgers in Uniform“ in einem neuen, demokratischen Deutschland unterstrichen und eine rein an soldatisches Kriegerethos geknüpfte Dienstausbildung kritisiert: „Der Soldat der sich, als unpolitischer Soldat einer falschen Tradition folgend, auf das militärische Handwerk beschränkt, versäumt einen →



Der Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr, Vizeadmiral Joachim Rühle, trägt beim vierten Workshop zur Überarbeitung des Traditionserlasses im November 2017 in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin vor.

Foto: Bundeswehr/Oliver Lang



Foto: Bundeswehr/Patrik Bransmüller

▲ Am interaktiven Medientisch werden zusätzliche Inhalte zugänglich gemacht.

wesentlichen Teil seiner beschworenen Dienstpflicht als Soldat einer Demokratie.“ (TradErl 1965, II 17) Seit dem grundlegend modernisierten Folgeerlass, der „Richtlinie zum Traditionsverständnis und Traditionspflege in der Bundeswehr“ vom 20. September 1982 unter Verteidigungsminister Hans Apel (SPD), unterlag die deutsche Verteidigungspolitik und somit auch ihr wesentlicher Akteur wiederum starken strukturellen und sozio-politischen Veränderungen.

Die Bundeswehr hat sich nach dem Mauerfall 1990 und dem Ende der bipolaren Weltordnung über die „Armee der Einheit“ schließlich zur „Armee im Einsatz“ wesentlich weiterentwickelt. Neue sicherheitspolitische Voraussetzungen, wie

das Ende des Kalten Krieges, zahlreiche Auslandseinsätze als Armee im Bündnis oder die Aussetzung der Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes haben der Truppe ein neues, verändertes Gesicht gegeben. Frauen und Männer dienen nunmehr gleichberechtigt, neue zivile und militärische Organisationsbereiche wurden geschaffen, um den sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Die Bundeswehr ist stetig und ständig eingebunden in internationale Einsätze der NATO, der EU sowie der UN; sie ist fest integriert in multinationale Bündnisstrukturen.

Gleichmaßen sind demokratische Streitkräfte als Teil der Gesellschaft deren Wandel unterworfen, was

eine permanente, kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Militärgeschichte erfordert. Im Mai 2017 hat die damalige Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen (CDU) daher die erneute Überarbeitung des Traditionserlasses angewiesen und die neuen „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege „2018“ in Kraft gesetzt.

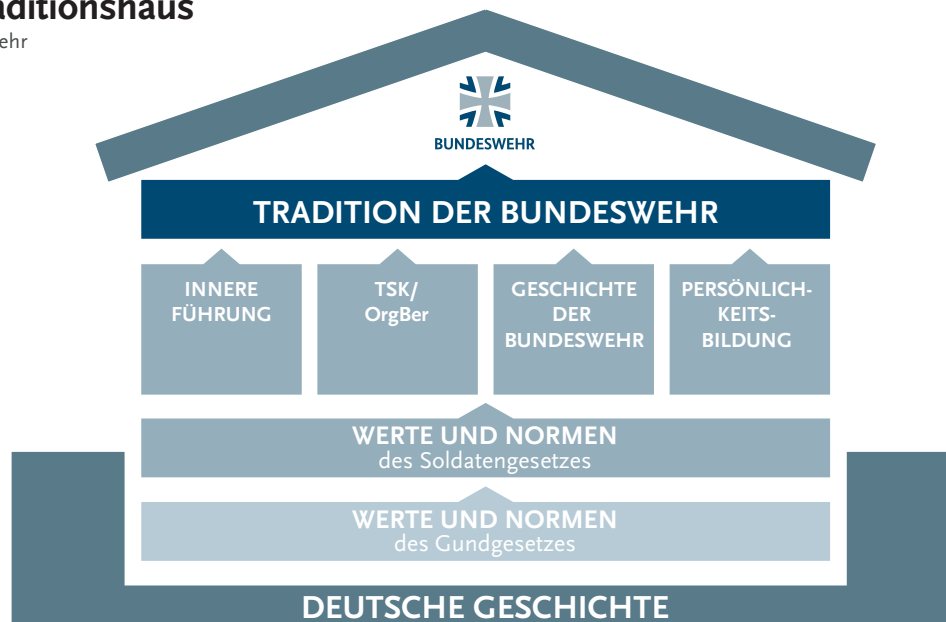
Den Resonanzraum der Traditionsfindung bildet seither die gesamte deutsche Geschichte. Der Traditionserlass lässt damit ausdrücklich einen ganzheitlichen Betrachtungsrahmen der Militärgeschichte zu und fordert die kritische Auseinandersetzung mit deren Höhen und Tiefen auf Grundlage der Werte und Normen des Grundgesetzes, sowie



# Das Traditionshaus

der Bundeswehr

Grafik: KdoSKB Referat Innere Führung/Bundeswehr/Daniela Hebbel



des darauf aufbauenden Soldatengesetzes: „Die Ursprünge der Werte und Normen des Grundgesetzes reichen weit in die Vergangenheit zurück. In diesem Verständnis lassen sich aus allen Epochen der deutschen Militärgeschichte vorbildliche soldatisch-ethische Haltungen und Handlungen sowie militärische Formen, Symbole und Überlieferungen in das Traditionsgut der Bundeswehr übernehmen.“ (TradErl 2018, 3.1)

Weiterhin wurde insbesondere die Geschichte der Bundeswehr und ihrer Organisationsbereiche als zentraler Bezugspunkt der Traditionspflege etabliert. Die von ihr in nunmehr 65 Jahren erbrachten militärischen Leistungen bilden das Rückgrat der eigenen Identität: „Zentraler Bezugspunkt der Tradition der Bundeswehr sind ihre eigene, lange Geschichte und die Leistungen ihrer Soldatinnen und Soldaten, zivilen Angehörigen sowie Reservistinnen und Reservisten. [...] Diese Geschichte zu würdigen und ihr Erbe weiterzuentwickeln ist

Aufgabe aller Angehörigen der Bundeswehr. Die Bundeswehr verfügt selbst über einen breiten Fundus, um mit Stolz Tradition zu stiften.“ (TradErl 2018, 3.2)

Eingerahmt wird diese Traditionsfindung durch das bewährte Selbstverständnis und die Führungskultur der Inneren Führung sowie von einer umfassenden Persönlichkeitsbildung, sowohl für Soldatinnen und Soldaten als auch für die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hieraus erwächst die Tradition der Bundeswehr mit ihren greifbaren und identitätsstiftenden Vorbildern. Es ist eine Führungsaufgabe dieses Traditionsverständnisses im Bewusstsein der Menschen zu stärken und im Dienstalltag zu vergegenwärtigen.

Ob und wie die Ziele der Persönlichkeitsbildung konkretisiert, operationalisiert, und schlussendlich implementiert und nutzbar gemacht werden können, zählt zu den zentralen Herausforderungen für die Führungskultur der Bundeswehr in den nächsten Jahren. ■

## Florian J. Schreiner

ist Historiker beim Kommando Streitkräftebasis (SKB) und als Sammlungsbeauftragter für die Sammlungen und Ausstellungen in der SKB zuständig.



## Volker Böcker

Oberstleutnant und Grundsatzreferent im Referat Innere Führung des Kommandos SKB. Zusammen mit Florian J. Schreiner war er maßgeblich an der Konzeption und dem Aufbau der Regionalen Ausstellung der SKB beteiligt.




## Kurz gefasst:

Regionale Ausstellungen sind ein wertvolles Mittel, die Ausprägung bundeswehreigener Traditionslinien zu stärken. Die Regionale Ausstellung der Streitkräftebasis greift ein zukunftsorientiertes Traditionsbild auf und bindet die Traditionspflege über ein eigens dafür konzipiertes Seminarangebot "Lernort Bonn" in die soldatische Persönlichkeitsbildung ein. Dafür werden sowohl historische, politische als auch ethische Inhalte vertieft und für die Truppe nutzbar gemacht.

Fotos: Bundeswehr/Roland Alpers

# Cyber war – Moral im virtuellen Raum?

Brauchen wir eine  
neue Ethik für den Cyber war?



Beim Cyber war handelt es sich um eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Staaten mit Mitteln der Informationstechnologie im virtuellen Raum, die zum Ziel hat, Ländern, Institutionen oder der Gesellschaft auf elektronischem Weg zu schaden und wichtige Infrastrukturen zu stören.

Die Anzahl der digitalen Angriffe auf deutsche Netze lässt vermuten, Deutschland befinde sich im Kriegszustand – im Cyber war. Die Schwelle zur völkerrechtlichen Bewertung von Cyber-Angriffen als bewaffnete Konflikte zur Legitimierung militärischer Gewalt ist bisher nicht definiert. Erheblich größere Datenmengen und genauere sowie effektivere Waffen stellen die Leistungsfähigkeit der "alten Ethik" auf die Probe.

**S**ind wir eigentlich schon im „Cyber war“? Wenn man die bloße Zahl der digitalen Angriffe auf die deutschen Netze und Infrastrukturen ansieht, könnte man einen Kriegszustand vermuten. Im Frühjahr 2019 wurden allein im Netz der Deutschen Telekom 46 Millionen Angriffe pro Tag registriert. Die weit überwiegende Zahl der Attacken richtete sich gegen zivile Ziele. Entsprechend der Vorgaben des Grundgesetzes werden die nationalen Cyber-Sicherheitsstrukturen auch nicht militärisch koordiniert, sondern zivil – durch das BMI. Schon 2011 befand der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta,

das nächste „Pearl Harbor“ werde eine Cyber-Attacke sein. Mit diesem Ausspruch vom „Cyber Pearl Harbor“ aber stehen wir schon mitten in einem Problem, das viel mehr ist als eine Frage der Definition. Steht Deutschland als angegriffenes Land also bereits in einem Kriegszustand? Oder anders gefragt: Wann verdichten sich Cyber-Attacken zu einem Cyber war? Wo liegt die Schwelle jenseits derer „Cyber-Angriffe“ so gravierend sind, dass sie im völkerrechtlichen Sinne als bewaffnete Konflikte bewertet werden können – und damit auch den Einsatz militärischer Gewalt legitimieren? Die Definition dieser Schwelle ist

bislang noch unscharf. Das zeigt auch das 2013 im NATO-Rahmen (Cooperative Cyber Defence Center of Excellence) erarbeitete „Tallinn Manual“ und sein Nachfolger „Tallinn 2.0“ von 2017. Beide sollen der völkerrechtlichen Bewertung von Cyber-Konflikten dienen. Der Cyber war ist demnach zunächst auch nur eine semantische Eskalation - die allerdings markiert, wie dringlich die Klärung der Fragen ist. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage nach einer Cyber-Ethik plausibel. Konflikte im Cyber-Raum stellen uns vor derart neue Fragen, dass herkömmliche ethische Orientierung nicht mehr ausreicht. In einer Cyber-

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert





FCAS ist ein Waffensystem der nächsten Generation. Ein Kampfflugzeug der 6. Generation schließt sich mit sogenannten Remote Carriern (RC) im Verbund als Kampfkraftmultiplikatoren zusammen. Bemannte und unbemannte Plattformen fügen den kollektiven Fähigkeiten ihre Einzelfähigkeiten hinzu.

Grafik: Eurofighter GmbH

» **Mariarosaria Taddeo, Ethikerin am Oxford Internet Institute:**

„In einem Informationskrieg werden ICTs (Informations- und Computer-Technologien) innerhalb einer offensiven oder defensiven Militärstrategie durch einen Staat mit dem Ziel der sofortigen Störung oder Kontrolle der Ressourcen des Feindes eingesetzt. Der Kampf wird im Informationsumfeld sowohl mit physischen und nicht-physischen Akteuren und Zielen geführt, deren Gewaltschwelle je nach Umständen variieren kann.“



Foto: Fisher Studios Ltd / David Fisher

einer „Arbeitsgruppe Technikverantwortung“ als Teil der Entwicklung des deutsch-französischen Großprojektes „Future Combat Air System“ (FCAS).

**Militäretik für das Informationszeitalter.** Die Frage nach einer Militäretik für das Informationszeitalter umfasst allerdings mehr als „Cyber-Attacken“. Hilfreich sind Überlegungen der am Oxford Internet Institute lehrenden Ethikerin Mariarosaria Taddeo. Sie spricht 2014 von „Information warfare“ und definiert diese folgendermaßen: „Information warfare is the use of ICTs (Information and Computer Technologies) within an offensive or defensive military strategy endorsed by a State and aiming at the immediate disruption or control of the enemy’s resources, and which is waged within the informational environment, with agents and targets ranging both on the physical and non-physical domains →

Ethik geht es nicht nur um Konflikte im digitalen Raum. Sie stellen lediglich eine Dimension des viel umfassenderen Wandels dar, der mit dem Eintritt in das Informationszeitalter begonnen hat. Von einer kritischen Öffentlichkeit, in der über Folgen der Digitalisierung diskutiert wird, kommen Überlegungen zu einer Ethik für das Informationszeitalter. Innerhalb der Bundeswehr dominiert laut

dem Amt für Heeresentwicklung gegenwärtig ein eher technischer und anwendungsorientierter Zugang zum Digitalen, der auf Bedarfe und Einsatzszenarien, Beschaffung und Implementierung ausgerichtet ist. Ethische Fragen spielen dabei kaum eine Rolle. Immerhin: Im Podcast „sicherheitshalber“ berichtete Ende Januar 2020 der Münchner Politikwissenschaftler Frank Sauer von

and whose level of violence may vary upon circumstances." Diese Definition richtet sich auf staatliches Handeln, markiert Grenzüberschreitungen zwischen physischer und nicht-physischer Domäne und bleibt im Bezug auf das – für die Verwendung des Kriegsbegriffes entscheidenden – Gewaltniveau unscharf. Taddeo gliedert in drei Bereiche: 1. „Robotic weapons“ mit autonomen Waffensystemen, KI (Künstliche Intelligenz), und den Fragen von remote warfare; 2. „Communication Management“ mit den Fragen der Informationssicherheit, der Sensoren und des Datentransfers; und 3. den Bereich der „Cyber attacks“. Im Rahmen der Information warfare wird deutlich, dass die Fragen einer Cyber-Ethik den angesprochenen umfassenden Wandel betreffen: Digitalisierung verändert unsere soziale Wirklichkeit tiefgreifend. Dieser Wandel hat viele Facetten und die Abstraktion „Digitalisierung“ wird dieser Vielfalt der Phänomene nicht gerecht. Sie benennt vor allem die technische Außenseite. Der zunehmende Datenaustausch sowie die Datensammlung im Rahmen gesellschaftlicher Prozesse und

die computergestützte Vernetzung unserer Lebenswelt sind mehr als nur technische Mittel. Sie setzen überkommene Lebensformen unter Druck, verändern Wissensformen und Wissensordnungen, verändern Ökonomien und Arbeit und bewirken obendrein eine umfassende Mobilisierung. Schritt für Schritt führt dies zu einer neuen „Vermessung der Welt“. Machtverteilungen ändern sich und Plausibilitäten werden verschoben. In den Sozialwissenschaften spricht man von einem „Dispositiv“ und bezeichnet damit die im Wesentlichen unbewusst wirksamen Annahmen der sozialen Wirklichkeit. Sie beschreiben den Raum des überhaupt Möglichen, die Ideen (Diskurse) und Praktiken, die Verhalten im Kern bestimmen. Ist „Digitalisierung“ ein solches neues „Dispositiv“? Oder ist das, was gegenwärtig geschieht und an Dynamik immer weiter zunimmt, eine Weiterentwicklung der Instrumente, die auch bislang zur Verfügung standen – jetzt allerdings mehr, schneller und weiter? Ist Digitalisierung ein quantitativ beschreibbarer Trend – oder geschieht etwas qualitativ Neues auf einer Metaebene?

Schauen wir uns an, was ethische Reflexion an Orientierung bieten kann, dann fragt Ethik nach Gründen und Folgen von Handlungen in Bezug auf ihre moralische Qualität. Es geht erstens um Entscheidungen: „Was soll ich tun?“ mit Blick auf Rechte und Pflichten einerseits und mit Blick auf Handlungsziele („Güter“ oder auch „Werte“) andererseits. Es geht zweitens um Grundhaltungen (oder Tugenden): „Wie sollen wir leben?“ Und Ethik fragt drittens nach „Verantwortung“ im Sinne von Rechtfertigungen: „Welche guten Gründe kann ich für mein Handeln geben?“ Die Frage nach der Moralität und der Legitimität des Handelns muss in ihrer Eigenständigkeit beachtet und bedacht werden, so Taddeo. Die Frage kann weder in Bezug auf Effektivität noch auf Legalität beantwortet werden. Nicht alles, was unter dem Gesichtspunkt der Effektivität sinnvoll ist, muss rechtskonform sein. Und was rechtlich gestattet ist, ist damit nicht unbedingt auch legitim oder moralisch richtig. **Konfliktszenarien erkunden – explorative Ethik.** Wie sehen Konflikte im digitalen Raum aus? Was verändert sich in ihnen? Wir

Der wachsende Datenaustausch im Rahmen gesellschaftlicher Prozesse und die computergestützte Vernetzung setzen überkommene Lebensformen unter Druck, verändern Wissensformen, Ökonomien und Arbeit.

Foto: stock.adobe.com/Peshkova





brauchen Phänomene und Szenarien, letztlich Bilder, um erkunden zu können, welche Entscheidungen anstehen und welche Prinzipien und Maximen tragfähig sind, so Hans Ulrichs Begriffsverständnis der explorativen Ethik. Die Szenarien sind ausgesprochen vielfältig. Wir wählen hier nur eines von vielen möglichen – eines aus dem Feld des Remote warfare aus. In einem ärmlichen Vorort der kenianischen Hauptstadt Nairobi betritt eine Gruppe von Menschen ein Haus. Der britische Spielfilm „Eye in the Sky“ aus dem Jahr 2015 führt dem Zuschauer diese Szene aus der Perspektive einer Aufklärungsdrohne vor. Es handelt sich um lang gesuchte Top-Terroristen der somalischen al-Shabaab Milizen. Den Aufklärern gelingt es, mit einer Minidrohne in das Innere des Hauses zu gelangen. Dort wird ein offensichtlich unmittelbar bevorstehender Selbstmordanschlag vorbereitet. Ein Zugriff mit Festnahme kommt nicht mehr in Frage, die Zeit ist zu knapp. Die Einsatzleiterin entscheidet sich für den Einsatz einer Hellfire-Rakete, die von einer in großer Höhe fliegenden „Reaper“-

Drohne abgefeuert werden kann. Alle Regler sind gestellt, im Moment unmittelbar vor dem Angriff platziert sich jedoch ein kleines Mädchen, eine Brotverkäuferin, direkt vor dem Haus, auf das der Angriff zielt. Die Einsatzleiterin muss unter extremem Zeitdruck entscheiden. Kann der Einsatz durchgeführt werden, auch auf die Gefahr hin, dass das unschuldige Kind getötet wird? Oder muss der Einsatz abgebrochen werden, mit der wahrscheinlichen Konsequenz, dass ein im Haus geplanter und unmittelbar bevorstehender Terroranschlag vielleicht Dutzende von Opfern fordern wird? Ein Computer berechnet

das Risiko des Kollateralschadens, also den Tod des Mädchens, mit deutlich über 50 Prozent. Kann der Angriff noch verantwortlich durchgeführt werden? Oder sind die sehr wahrscheinlichen Folgen, die potentiellen Opfer des Selbstmordanschlags, in die Entscheidungsfindung einzubeziehen? Wären die nichtintendierten (Neben-)Folgen, wäre der Tod des Mädchens, dann vertretbar? In welchem Kalkül kann die an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit des Kollateralschadens abgewogen werden gegen die relativ wahrscheinliche Folge von Terroropfern? Wie können die Konsequenzen einer Handlung →



#### Lesetipps:

- Becker, Dirk:** 4.0 oder die Lücke, die der Rechner lässt, Leipzig, Merve 2018, 276 Seiten, 22€
- Bridle, James:** New Dark Age. Der Sieg der Technologie und das Ende der Zukunft, München, C.H. Beck, 320 Seiten, 25€
- Floridi, Luciano:** Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändert, Berlin, Suhrkamp 2015, 314 Seiten, 29,95€
- Misselhorn, Catrin:** Grundfragen der Maschinenethik, Ditzingen, Reclam, 284 Seiten, 9,80€
- Nasseh, Armin:** Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft, München, C.H. Beck, 352 Seiten, 26€
- Nida-Rümelin, Julian:** Digitaler Humanismus. Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz, München, Piper, 224 Seiten, 24€

Bedeutet die Digitalisierung eine neue „Vermessung der Welt“? Machtverteilungen ändern sich und Plausibilitäten werden verschoben. Ethische Reflexion kann Orientierung bieten, wenn sie nach Gründen und Folgen von Handlungen in Bezug auf ihre moralische Qualität fragt.

Foto: stock.adobe.com/Sashkin



Bilder aus dem Film „Eye in the Sky“ aus dem Jahr 2015. Ein Drohnenangriff löst darin einen ethischen Konflikt aus, als eine Zivilistin in das Einsatzgebiet gerät.

Fotos: ddp/INTERTOPICS/LMKMEDIA Ltd.(3), Alamy Stock Photo/TCD/Prod.DB



im Verhältnis zu den Folgen einer Unterlassung gewichtet werden? Der menschliche Wille, die Leidenschaft der Soldatin, die die Terroristen jahrelang gejagt hat, übersteuert die kühle Rationalität des Computers: „Rechne mir unter 50 Prozent“ herrscht sie den Soldaten an, der den Rechner bedient. Der verändert einige Parameter: Wenn der Einschlag der Rakete um wenige Meter verschoben wird, liegt die Wahrscheinlichkeit bei 45 Prozent. Der Angriff kann stattfinden – und gelingt auch. Das Mädchen wird allerdings so schwer verletzt, dass es in den Armen seiner Eltern stirbt. Der Film „Eye in the Sky“ ist viel gelobt worden, weil er eine komplexe moralische Situation in eindringliche Bilder fasst. Er zeigt auch, was sich in digitalisierten Konflikten verändert: Meisterlich die Szene, in der Mensch und Maschine in der Berechnung des Kollateralschadens zu Komplizen werden. Die Moral scheint auf Seiten des

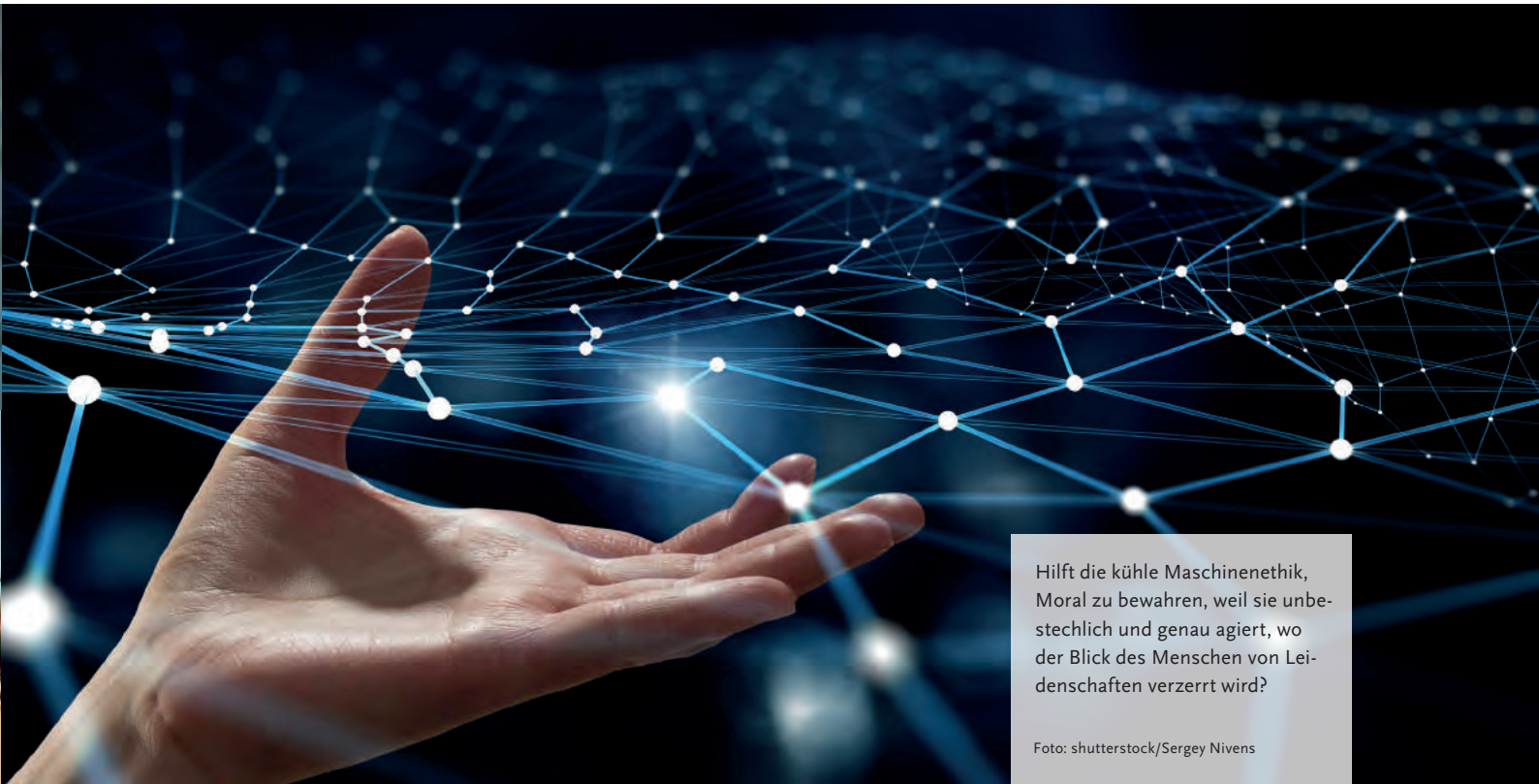
Rechners zu sein. Der von Passion und Interesse gesteuerte Einsatz von Gewalt geht auf den Human factor zurück. Andererseits bleibt eine klassische Konfiguration der moralischen Wahrnehmung erhalten: Der Computer bleibt Instrument, das Handlungsziel wird von der „Woman in the loop“ vorgegeben – und ebenso die letzte Entscheidung für den Einsatz. Aber die Frage bleibt: Hilft die kühle Maschineneethik dabei, Moral zu bewahren, weil sie unbestechlich und genau agiert, wo der Blick des Menschen von Leidenschaften verzerrt wird? Was also ist in einem derartigen Szenario eigentlich neu? Sind die moralischen Fragen und die ethische Verständigung darüber nicht unverändert – und gelten für eine Vielzahl von tatsächlichen oder nur scheinbaren Dilemmata? Wie kann die Unterscheidung von Kombattanten und Zivilisten durchgehalten werden? Wie kommt man zu einem Urteil hinsichtlich der Verhältnis-

mäßigkeit der eingesetzten Mittel? Nach welchen Regeln können Pflichten und Rechte gegenüber Gütern bzw. Handlungszielen abgewogen werden? In unserem Beispiel: Wie hoch zählt das Recht des Mädchens auf körperliche Unversehrtheit und die Pflicht, das Mädchen zu schützen, gegenüber dem Interesse, die konkrete Gefahr, die von Terroristen möglicherweise für eine unbestimmte Anzahl Zivilisten ausgeht, zu vereiteln?

### **Spielräume des Handelns sichern.**

Das sind ganz klassische Fragen ethischer Reflexion. Und doch scheint etwas anders zu sein, wo Digitalität im Spiel ist. Digitalisierung führt nicht nur dazu, dass neue Mittel als Instrumente zur Verfügung stehen. Es geht um mehr und anderes als dass eine Vielzahl von Sensoren erheblich größere Datenmengen liefert als die herkömmlichen Aufklärungsmittel. Es geht darum, dass das „Sensor-shooter-gap“ viel schnell-





Hilft die kühle Maschinenethik, Moral zu bewahren, weil sie unbestechlich und genau agiert, wo der Blick des Menschen von Leidenschaften verzerrt wird?

Foto: shutterstock/Sergey Nivens

ler geschlossen werden kann. Und es stehen genauere und in ihrer Wirkung viel effektivere Waffen zur Verfügung. Wird das Alte nur dadurch neu, dass es schneller (Machine speed), weittragender (Remote warfare) wird und mit einer exponentiell steigenden Menge von Informationen (Information overload) versorgt wird? Klar ist natürlich, dass diese Konstellationen künftig die Muster der Konfliktführung weiter verändern werden, so wie etwa die Einführung von Feuerwaffen oder Flugzeugen militärische Auseinandersetzungen verändert haben. Darüber hinaus brauchen wir aber die Debatte darüber, ob und in welcher Weise ein neues digitales Dispositiv entsteht, in das auch die Austragung von Konflikten eingebettet ist. Die weitest gehende These ist, dass sich im Raum dieses Dispositivs die „Moral agency“, also die Bedingungen, die Möglichkeiten und Spielräume des Handelns ändern. Ein entscheidender Punkt

dabei ist die Informationsdichte. Informationen müssen maschinell stark selektiert, verdichtet und vorformatiert werden, damit Menschen am Ende der Datenverarbeitung überhaupt noch Optionen haben und entscheiden können. Wahlmöglichkeiten werden durch die Analyse der Datenverarbeitung überhaupt erst geschaffen, aber gleichzeitig auch entscheidend eingeschränkt. Das gilt natürlich auch für die Informationsverarbeitung durch das menschliche Gehirn selbst. Die Frage bleibt allerdings, wie wir die Deutungen des menschlichen Gehirns mit denen der Maschine abgleichen können. Diese Frage wird sich verschärfen, wenn Künstliche Intelligenz in Form von selbstlernenden Algorithmen mehr und mehr Deutungen entwickeln und Auswahlprozesse übernehmen wird, auf die Entscheiderinnen und Entscheider angewiesen sind, die aber durch menschliche Akteure kaum noch angemessen nachvoll-

zogen oder gar kontrolliert werden können. Der Münchner Soziologe Armin Nassehi spricht in seiner viel beachteten „Theorie der digitalen Gesellschaft“ mit Blick auf derartige Phänomene von einem „Vorrang der Praxis vor der Reflexion“, von einer Privilegierung des bloß technischen Funktionierens, das nicht mehr auf gesellschaftliche Verständigungsprozesse angewiesen ist. Die entscheidende gesellschaftliche Aufgabe sieht Nassehi darin, Reflexionsmechanismen zu entwickeln, die die Selbstläufigkeit digitaler Praktiken unterbrechen. Es geht hier nicht um schlichte Technikaversion. Das Rad der Digitalisierung wird sich nicht zurückdrehen lassen – und das wäre auch gar nicht wünschenswert. Aber ethische Reflexion ist nach Nassehi auch so etwas wie eine Abweichungsverstärkung, die der Linearität der Maschine Optionen und einen erweiterten Raum der Möglichkeiten entgegenstellt. ➔



Eine deutsche Aufklärungsdrohne Heron steht auf der Startbahn in Gao in Mali. Sie wird im Rahmen der Mission MINUSMA (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmmission der Vereinten Nationen) in Gao/Mali.

Foto: Bundeswehr/Daniel Richter

In der ethischen Bildung in der Bundeswehr muss es genau darum gehen, nämlich angesichts ständig wachsender Komplexität der Anforderungen, die Urteilsfähigkeit aller Bundeswehrangehörigen zu stärken. Die digitale Unternehmenskultur, welche die Bundeswehr künftig benötigt, wird ganz wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, das Ideal des „gewissensgeleiteten Gehorsams“ (ZDv Innere

Führung A-2600/1, Ziff. 401) in die neuen digitalen Kontexte zu übersetzen. Der Ethiker Luciano Floridi spricht prägnant von den „three R“ der Informationsethik: Risks, Rights, Responsibilities. Risiken sind klar einzuschätzen, die Rechte der betroffenen Personen sind zu wahren, die Verantwortlichkeiten deutlich zu benennen. Dies kann sozusagen als ethisches Minimalprogramm festgehalten werden.

Dazu wird wohl keine „neue“ Ethik nötig sein – es gilt die Leistungsfähigkeit der „alten“ Ethik in den neuen digitalen Zusammenhängen zu erproben. Diesem Diskurs muss sich die Bundeswehr für die Zukunft stellen. ■



Nahaufnahme des EOD-Roboters PackBot bei einer Übung zur Kampfmittelabwehr auf dem Truppenübungsplatz Kletitz.

Foto: Bundeswehr/Torsten Kraatz



### Roger Mielke

Dr. theol. M.A., Jahrgang 1964, Militärdekan, Ev. Militärpfarramt Koblenz III, Zentrum Innere Führung, Lehrbeauftragter an der Universität Koblenz-Landau, lange Jahre Gemeindepfarrer und Oberkirchenrat bei der Ev. Kirche in Deutschland, dort für Fragen politischer Ethik, Friedsethik, Ethik internationaler Beziehungen zuständig.

#### Kurz gefasst:

Die Gewaltschwelle eines Cyber wars und die adäquate Reaktion auf ihn sind bisher nicht klar definiert. Konflikte im digitalen Raum stellen lediglich eine Dimension eines viel umfassenderen Wandels dar. Das Informationszeitalter erfordert eine erneute Auseinandersetzung mit Handlungszielen, Grundhaltungen und Verantwortung. Einem Diskurs über Ethik in den neuen digitalen Zusammenhängen muss sich auch die Bundeswehr stellen.

Foto: Bundeswehr/Ricarda Schönbrodt



# Schwieriges Erbe des deutschen Kolonialismus

## Unerfüllte Forderungen

100 Jahre nach dem Ende der deutschen Kolonialgeschichte muss sich Deutschland seiner kolonialen Vergangenheit stellen. Es gibt Forderungen nach Wiedergutmachung für Gewalt und geraubte Kulturgüter aus Afrika.

**E**in Generalstreik des Volkes hatte soeben einen rechts-nationalistischen Putschversuch der Generäle Walther von Lüttwitz und Erich Ludendorff vereitelt. Die junge Weimarer Demokratie war damit in ihren Grundfesten erschüttert. In dieser politisch fragilen Lage beschloss der neue sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller am 1. April 1920, genau vor 100 Jahren, das bereits seit dem Vorjahr unbesetzte Reichskolonialministerium in der Wilhelmstraße in Berlin-Mitte aufzulösen. Die Presse nahm davon kaum Notiz. Das Reich hatte andere Sorgen. Lautlos also zog Deutschland einen endgültigen Schlussstrich unter seine Kolonialgeschichte. Sie hatte dem Reich zwar vorübergehend einen Platz an der Sonne eingebracht, andererseits aber auch enorme Unkosten verursacht und war mit dem Blut von Einheimischen und Deutschen teuer erkaufte worden. Ausgezahlt hat sich das vier Jahrzehnte andauernde koloniale Intermezzo für Deutschland nie. Ein buntes Volk aus Abenteurern, Geschäftemachern, ehrlichen Forschern und Kleinkriminellen mit sadistischen Veranlagungen, dem kurz nach der Gründung das wirtschaftlich rasant wach-

sende Deutsche Reich zu eng, zu reglementiert, zu moralinsauer geworden war, schwärmte in alle Himmelsrichtungen aus, um eine noch nicht vollständig erforschte Welt zu „entdecken“. Entdecken bedeutete damals, sich anzueignen und wirtschaftlich auszubeuten – und die neuen Gebiete möglichst schnell dem Schutz des Reiches zu unterstellen. Nur so ließ sich der Besitz langfristig „vergolden“.

**Täuschung und Raub.** Der aus Kolonien stammende Bartholomäus von Werner, Kommandant der Korvette SMS "Ariadne", kaufte im Dezember 1878 den gesamten Inselhafen von Mioko, einer nur zwei Quadratkilometer großen Insel der zu Papua-Neuguinea gehörenden „Duke-of-York-Islands“ im Bismarckarchipel – 13.500 Kilometer südöstlich →



Askari mit Reichsflagge und Gewehr in Deutsch-Ostafrika.

Foto: Süddeutsche Zeitung photo/  
Timeline Images/Illa Franz



Die Kaiserliche Schutztruppe in  
Deutsch Südwestafrika, 1903.

Foto: ullstein bild

von Berlin. Dort begann das oft auf Täuschung und Raub basierende kaiserliche Kolonialreich. Wer heute Mioko besucht, bekommt eine Idee davon, warum diese Bucht, die wie das geöffnete Maul eines Piranhas in Richtung Westen zu schnappen scheint, den Deutschen so wichtig war: Die Nachbarinseln Duke of York und Credner schirmen den Hafen vor dem häufig wehenden Südwestwind ab, der jenseits der Inselbarrieren die See aufwühlt. Die kleine Insel bildete die „Brücke“, die Europa und das heutige Papua Neuguinea miteinander verband. Von diesem „Brückenkopf“ aus konnten die Deutschen ihre Aktivitäten wie Handel und Missionierung in Richtung der noch nicht kolonialisierten riesigen Insel New Britain starten und später auch auf den Nordostteil Neuguineas, einer riesigen Landmasse, deren Westteil damals niederländisch und deren Südosten britisch war, ausge-

weitert werden. Mioko in der Südsee war nur der Anfang der deutschen Kolonialisierung. 1883 erwarben die Bremer Tabakhändler Adolf Lüderitz und Heinrich Vogelsang in der Bucht von Angra Pequena im heutigen Süden Namibias vom Nama-Kaptein Josef Frederiks ein großes Gebiet, das später Lüderitzbucht genannt wurde. Wobei „Kauf“ die Sache beschönigt, denn die Deutschen zogen den Afrikaner über den Tisch, indem sie im Vertrag von deutschen Meilen sprachen, während der Nama-Häuptling von den wesentlich kleineren englischen Meilen ausging. Die deutschen Meilen messen 7532,5 Meter, die englischen hingegen weniger als ein Viertel davon. In der deutschen Kolonialliteratur war man stolz auf solche Tricks, schienen sie doch die geistige Überlegenheit des „deutschen Kulturvolkes“ zu unterstreichen. Ein Jahr später setzte der Pastorensohn von der Elbe, Carl Pe-

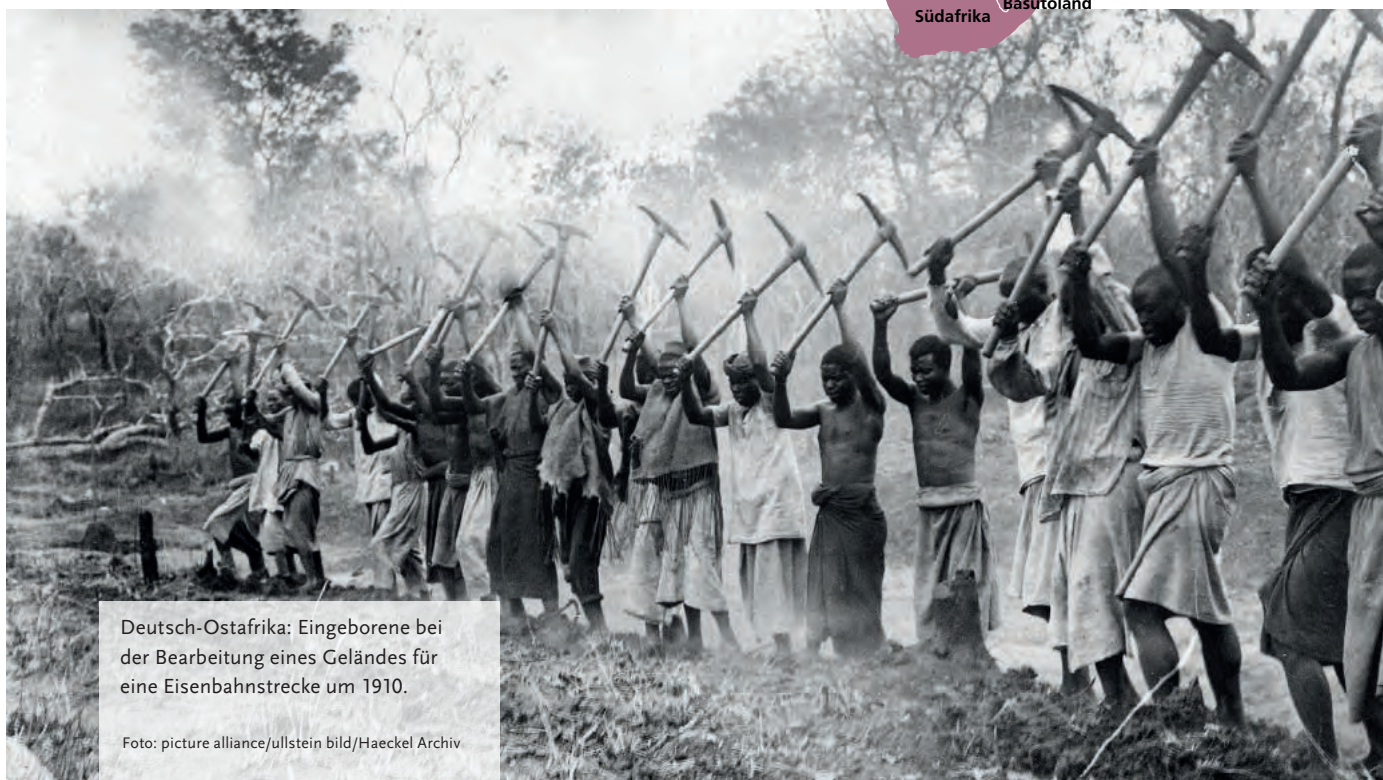
ters, der für seine pan-germanischen, antisemitischen und unverhohlenen rassistischen Ideen bekannt war und gern rücksichtslos Todesurteile fällte, den Grundstein für die spätere Kolonie Ostafrika – bestehend aus den heutigen Staaten Tansania, Ruanda und Burundi. Heinrich Vogelsang, ein Afrikaforscher, der tatsächlich ein aufrichtiges Interesse an der Erforschung von Ethnien und Religionen zu haben schien, wurde mit der Durchsetzung der kaiserlichen Herrschaft im westafrikanischen Togo beauftragt. Auch die Inbesitznahme Kameruns zählte dazu, wo bereits seit 1862 deutsche Firmen wie das Handelshaus Woermann aus Hamburg Geschäfte machten. Zu diesem Zeitpunkt der Herrschaft Wilhelms I. und seines Reichskanzlers Otto von Bismarck gab es noch keine vom Reich definierte Strategie für die Kolonialpolitik. Zwar strebte man den Besitz einzelner Flottenstützpunkte



zum Schutz deutscher Handelsniederlassungen an. Das finanzielle Risiko der kolonialen Bestrebungen überließ man jedoch allein den Handelsgesellschaften, denen man auch die Verwaltung und Organisation übertrug. Das Reich garantierte mit Schutzbriefen lediglich militärischen Beistand.

**Organisiertes Kolonialfieber.** Die Skepsis Bismarcks und Wilhelms I. was den Besitz von Kolonien betraf, bekam innenpolitisch Gegenwind, nachdem sich zunächst 1882 der Deutsche Kolonialverein gegründet hatte, der sich als Interessenverein für die Kolonialpropaganda sah. Zwei Jahre später bildete sich die konkurrierende Gesellschaft für Deutsche Kolonisation. Beide Vereine fusionierten 1887 zur Deutschen Kolonialgesellschaft mit dem Ziel, alle „Parteien im Deutschen Reiche für die deutsch-koloniale Sache“ zu gewinnen.

Das Reich wurde vom „Kolonialfieber“ infiziert, was vor allem





▲ Propagandaplakat des Reichskolonialbundes, Kreisverband Dresden, während des Dritten Reiches.

publizistisch seinen Niederschlag fand: in den Zeitungen wurde über Deutschlands „Platz an der Sonne“ debattiert, Illustrierte erklärten das Leben unter „Wilden“ und Bücher schürten Fernweh. Im Ergebnis stimmte Bismarck nach 1880 zunehmend in den Chor der Kolonial Befürworter ein. Wobei es ihm innenpolitisch offenbar vor allem darum ging, dem öffentlichen Druck durch das „Kolonialfieber“ Rechnung zu tragen, gerade auch im Vorfeld der Reichstagswahlen 1884. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler ist überzeugt, durch die koloniale Expansion erhoffte sich die Reichsregierung, von den sich im Land allmählich aufbauenden sozialen Spannungen ablenken zu können. Bei den sich verstärkenden kolonialen Aktivitäten blieb Bismarck aber sehr zurückhaltend und stets darum bemüht, dem jungen, noch schwachen Reich geostrategische Fehler zu ersparen. Vor diesem Hinter-

grund berief er 1884/85 die Berliner Kongo-Konferenz ein. Deeskalation und das Vermeiden einer Konfrontation mit den anderen Großmächten waren das Ziel. Das klang zunächst vernünftig, betraf aber nur die europäischen Großmächte. Afrikanische Herrscher suchte man auf der Kongo-Konferenz vergeblich, sie hatten das europäische Geschacher um Grenzen und Interessengebiete zu akzeptieren. Zu Konflikten zwischen den Einheimischen und den Kolonialherren kam es vorerst nicht, weil sich die Machtausübung der neuen Herren auf nur wenige Punkte fokussierte. Überhaupt blieben die Kolonien weit hinter den wirtschaftlichen Erwartungen zurück. Ökonomischer Gewinn war kaum zu verzeichnen, so dass Bismarck bereits 1889 den Rückzug Deutschlands aus den Kolonien erwog. Die deutschen Aktivitäten in Ostafrika und auch die Bestrebungen in der Südsee wollte er nach Aussage von Zeitzeugen ganz



Ehemaliges Deutsch Südwestafrika: Blick auf die Lüderitzbucht um 1920, gesehen von der Haifischinsel aus.

Foto: picture alliance/dpa/ullstein bild



beenden. Im Mai 1889 soll er dem italienischen Ministerpräsidenten Francesco Crispi die deutschen Besitzungen in Afrika zum Kauf angeboten haben, was dieser mit dem Gegenangebot der italienischen Kolonien beantwortete.

### Widerstand der Einheimischen.

Von dem seit 1888 regierenden Wilhelm II. wurde Deutschlands koloniales Streben wieder forciert, in dem viel Energie in den Aufbau einer Hochseeflotte gesteckt wurde und man auf Konfrontationskurs mit den konkurrierenden Mächten ging. Die Verwaltung der Kolonien wurde „europäisiert“, indem sie mit Europäern besetzt wurden. Arbeitspflicht, die Einführung einer Kopfsteuer und die Ansiedlung deutscher Landwirte, vor allem in Deutsch-Südwest (Namibia) und in Deutsch-Ostafrika (Tansania, Burundi, Ruanda), provozierten den Widerstand der Einheimischen. Kämpfe brachen aus,

die von den deutschen Kolonialverwaltungen blutig niedergeschlagen wurden. Allein der heute kaum noch bekannte Maji-Maji-Aufstand, der zwischen 1905 und 1907 gut ein Drittel der Kolonie Deutsch-Ostafrika erfasste, kostete zwischen 75.000 und 300.000 Afrikaner das Leben. Ein „Zauberer“ hatte mit dem Maji (mit Hirse versetztes Wasser) eine Medizin entwickelt, die angeblich unverwundbar machte und Afrikaner zu Tausenden gegen die Deutschen stürmen ließ, -mit verheerenden Folgen. Der 1904 begonnene Aufstand des Herero-Volkes auf dem Gebiet des heutigen Zentral-Namibia endete mit einem Massenmord, der 40.000 bis 60.000 Stammesangehörige und damit 80 Prozent des Volkes das Leben kostete. Die im Süden der Kolonie lebenden Nama verloren bei einem Aufstand, der sich bis 1907 hinzog, etwa 10.000 Menschen, die Hälfte ihres gesamten Volkes.

In allen deutschen Kolonien Afrikas wurde der deutsche Herrschaftsanspruch gegen erheblichen Widerstand mit Gewalt durchgesetzt. Menschlich war Deutschlands koloniales Kapitel eine Geschichte von Leid und Unrecht. Auch wirtschaftlich blieb die Bilanz bis zum Kriegsende 1918 dürftig und stand damit in keinem Verhältnis. Trotz des 1907 beginnenden märchenhaften Diamantenbooms in Südwesafrika und der wachsenden Kautschukproduktion im Automobiljahrhundert, blieben die Kolonien bis zur ihrer Aufgabe 1918 im Zuge des ersten Weltkriegs ein Zuschussgeschäft. Lediglich die kleinsten und wirtschaftlich unbedeutendsten Kolonien Samoa und Togo erwirtschafteten in den letzten Jahren der deutschen Herrschaft einen geringen Überschuss. Für die Bundesrepublik und das 1990 wiedervereinigte Deutschland war die Kolonialgeschichte ein abgeschlossenes, ein vergessenes Kapitel. →



Maji-Maji-Aufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Ostafrika 1905.

Foto: Alamy Stock Photo/FLHC 1



Deutsch Ostafrika: Eine militärische Beobachtungsstation auf freiem Felde. Links die Reichskriegsflagge um 1910.

Foto: ullstein bild/Haeckel Archiv

**Deutscher Gedächtnisverlust.** Mit einem gewissen Stolz hat das zum Exportchampion aufstrebende Wirtschaftswunderland lange Zeit darauf verwiesen, im Unterschied zu den Briten und Franzosen frei von kolonialer Schuld zu sein und daher im Geiste fairer Partnerschaft global unbelastet Handel treiben zu können. Ein Trugschluss. Es waren die Nachfahren der Herero- und Nama-Opfer, die für das seit 1990 unabhängige Namibia an Deutschlands Verantwortung erinnerten und mit Hilfe amerikanischer Anwälte die Grundsatzfrage stellten, ob die Kriege in den deutschen Kolonien die klassischen Kriterien eines Genozids erfüllten. Die Bundesregierung bestreitet das. Andererseits bekennt sie sich zur Verantwortung für die Verbrechen der damaligen Kolonialverwaltungen. Natürlich geht es um Geld, um

Wiedergutmachungs- und Regressansprüche. Die Genozid-Frage ist aber nicht die einzige Spur der kolonialen Vergangenheit, mit der sich die Politik der Gegenwart beschäftigt. In vielen deutschen Museen – zum Beispiel im Hamburger MARKK, dem „Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt“ werden geraubte Kunstgegenstände aus Afrika gezeigt. Darunter die bis zu 600 Jahre alten Benin-Bronzen, die vor mehr als 120 Jahren bei der Erstürmung des Königspalastes von Benin-City des heutigen Nigeria geraubt und von britischen Soldaten nach Europa gebracht worden waren. Viele Experten sind der Auffassung, dass die Skulpturen und Reliefs aus Metall und Elfenbein, die in ihrer künstlerischen Vollendung an Werke der Renaissance erinnern, längst hätten zurückgegeben werden müssen. Wäh-

rend Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bereits 2018 rund 26 Kunstwerke an den westafrikanischen Staat zurückgab, hat Berlin bislang nicht reagiert.

**Umstrittene Neubewertung.** Neben einer juristischen Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit gibt es in Teilen der deutschen Politik neuerdings Tendenzen einer „Neubewertung“. Mit dieser Neubewertung ist jedoch keine Anerkennung der eigenen Schuld oder Bereitschaft zur Wiedergutmachung verknüpft. Im Gegenteil zielt sie auf die Glorifizierung der deutschen Kolonialgeschichte ab. Für Empörung sorgte Mitte Dezember 2019 der Vortrag des amerikanischen Politikwissenschaftlers Bruce Gilley, der sich auf Einladung der AfD der 40-jährigen deutschen Kolonialzeit widmete. Der umstrittene Professor





Hamburg: Drei Raubkunst-Bronzen aus dem Land Benin in Westafrika sind im Museum für Kunst und Gewerbe (MKG) ausgestellt.

Foto: picture alliance /dpa/Daniel Bockwoldt

der Portland State University zog eine durchweg positive Bilanz. Er schwärmte in seinem Vortrag von der „verbesserten Sicherheitslage in den Territorien unter deutscher Herrschaft“. Neben dem Aufbau einer Infrastruktur und Arbeitsplätzen seien es vor allem die Frauen gewesen, die erstmals Verbrechen anzeigen und für die damalige Zeit fortschrittliche Rechte beanspruchen konnten. Die Errichtung von Stützpunkten in den afrikanischen Kolonien, im Pazifik und China hätte eine Anziehung ausgeübt. Einheimische zogen gezielt in die Nähe der deutschen Siedlungen, da sie Fortschritt und Wohlstand versprochen. Den Abzug der Europäer bezeichnet Gilley folglich als „tragisch“ für Afrika, eröffnete es doch Kriegen und der Errichtung korrupter, gewalttätiger Regime Tür und Tor. Der Kolonialismus – ein Segen

für die einst versklavten Völker? Seriöse Historiker kritisieren diese Thesen scharf. „Wie verrechnen Sie versklavte und ausgebeutete Menschen mit gegrabenen Brunnen? Tote mit erbauten Eisenbahnkilometern?“, fragt der Historiker Jürgen Zimmer, Professor für Globalgeschichte an der Universität Hamburg, in der Zeitung „Die Welt“. Gilleys Ansatz liege eine Logik zu Grunde, die „die Axiome eines eurozentrischen Fortschrittsglaubens teilt, der selbst die Grundlage der Kolonialideologien bildete“, so Zimmer weiter. Nur auf Grundlage der Logik des Kolonialismus könnte man so argumentieren. Auch 100 Jahre nach Abwicklung des Reichskolonialministeriums kreist die Debatte also immer noch ums Grundsätzliche – was Professor Zimmer kritisiert.

Dafür macht Zimmer auch die Bundesregierung verantwortlich, weil diese „die Aufarbeitung des kolonialen Erbes dem parteipolitischen Streit entzieht.“ ■



Foto: privat

#### Harald Stutte

Jahrgang 1964, arbeitet als politischer Journalist und Buchautor in Hamburg.

#### Kurz gefasst:

Auch über 100 Jahre nach seinem Ende sorgt der Kolonialismus des Deutschen Reiches für Diskussionen. Wie geht Deutschland mit der Verantwortung nicht nur für Kolonialkriege, sondern auch für Ausbeutung und Kunstraub um?

# Der Tod des Generals

Die Auswirkungen der Tötung von Qassem Soleimani



Demonstranten am 9. Januar 2020 während einer Trauerkundgebung in Teheran für den getöteten General der iranischen Revolutionsgarde, Qassem Soleimani.

Mit der gezielten Tötung des Generals der iranischen Revolutionsgarde, Qassem Soleimani, durch die Vereinigten Staaten im Irak hat die Lage im Nahen Osten verändert. Welche mittelfristigen Auswirkungen hat der US-Drohnenangriff auf das Regime in Teheran, die irakische Regierung und die Politik der USA in der Region?

**D**er Weg über die Schnellstraße vom Flughafen Bagdad ins weiter östlich gelegene Stadtzentrum war in den vergangenen zwei Jahrzehnten selten eine Spazierfahrt. Zur Zeit des irakischen Bürgerkriegs wurden Fahrten hier regelmäßig durch Feuerüberfälle und Sprengfallen unterbrochen. Als von dort am 3. Januar kurz nach Mitternacht einige größere Explosionen gemeldet wurden, war das also nicht

weiter ungewöhnlich. Erste Bilder zeigten die brennenden Überreste von zwei Fahrzeugen, die Wand dahinter gezeichnet von Splintern. Auf den ersten Blick erschloss sich nicht, wer Ziel dieses Angriffs war. Es war General Qassem Soleimani, Kommandeur der iranischen Quds-Brigaden, gewiefter Strategie und Architekt der erweiterten iranischen Einflusszone im Mittleren Osten, dessen Leben hier durch einen US-

Drohnenangriff ein jähes Ende fand. Seine Strategie der "Vorwärtsverteidigung", die er in den Jahren nach dem Arabischen Frühling mit Rückendeckung durch den Obersten Revolutionsführer, Ayatollah Ali Khamenei umsetzte, hatte entscheidenden Einfluss auf die Konflikte im Libanon, Syrien und dem Irak. Es war Soleimani, der kurz nach Beginn des syrischen Bürgerkrieges mit den Quds-Brigaden, eine schlagkräftige

Foto: Getty Images/SOPA Images/LightRocket/Babak Joddi





3D-Darstellung des US-Drohnenangriffs auf den Konvoi Soleimanis in der Nähe des Flughafens von Bagdad.

Foto: Alamy Stock Photo/Naeblys

tige Spezialeinheit der Iranischen Revolutionsgarde, das Netzwerk pro-iranischer Milizen im Land aufbaute. Entscheidende Operationen pflegte er persönlich vor Ort zu befehligen, wie etwa bei der späteren Eroberung der Stadt Aleppo durch syrische Regierungstruppen. Er war es auch, der Mitte 2015 persönlich in Moskau vorsprach, um Russland von der Notwendigkeit einer militärischen Intervention zu überzeugen. Im gleichen Jahr erzielten kurdische Peschmerga und schiitische Milizen in gemeinsamen Operationen unter seinem Kommando erste Erfolge gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Spätestens nach der Befreiung des

Irak von der Terrorherrschaft des IS im Jahr 2017 stieg Soleimani zum zweitwichtigsten Mann des iranischen Regimes hinter Khamenei auf. Respektiert von Hardlinern und Reformern gleichermaßen, stand der General in enger Beziehung zum Obersten Revolutionsführer, der ihm bei der Planung und Durchführung seiner Einsätze freie Hand ließ. Mit Soleimanis Tod hat die iranische Führung ihren fähigsten Strategen und die vermutlich wichtigste Stütze ihrer offensiven Außenpolitik verloren. Letzte Zweifel an der außergewöhnlichen Sonderrolle des Generals wurden spätestens bei seiner Beerdigung beseitigt. Mehr als eine Million Menschen säumten

die Straßen in Teheran während der Trauerprozession, die größte seit dem Tod des Staatsgründers Ayatollah Khomeini im Jahr 1989.

**Vergeltung.** Befürchtungen, dass es zu einer umfassenden Eskalation und einem offenen Schlagabtausch zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran kommen könnte, haben sich in den ersten Wochen nach der gezielten Tötung Soleimanis nicht bewahrheitet. Die unmittelbare militärische Antwort der Iraner vier Tage nach dem Angriff in Bagdad war relativ verhalten und legt nahe, dass Teheran versucht, eine Eskalation der Gewalt zu vermeiden. In einer Aktion mit →



dem Codenamen „Operation Märtyrer Soleimani“ feuerten Einheiten der iranischen Revolutionsgarde mehr als ein Dutzend ballistische Raketen auf zwei Luftwaffenstützpunkte im Irak ab, die auch von US-Truppen genutzt werden. Mehrere Flugkörper schlugen auf der Ayn al-Asad-Luftwaffenbasis in der Provinz Anbar und nahe einer Basis im nördlichen Erbil ein, wo sie allerdings keinen Schaden anrichteten. Auf dem Stützpunkt al-Assad wurden mit relativ hoher Präzision mehrere Gebäude und andere Militäreinrichtungen zerstört, getötet oder lebensgefährlich verletzt wurde dabei niemand. Es ist anzunehmen, dass Teheran damit an der Heimatfront Entschlossenheit demonstrieren, vernichtende Vergeltungsschläge des US-Militärs aber vermeiden wollte.

**Sanktionen.** Als Reaktion auf die iranischen Vergeltungsschläge ver-

kündete Washington am 10. Januar eine Reihe neuer Sanktionen gegen die iranische Industrie sowie gegen einige hochrangige Regierungsbeamte und Kommandeure der Revolutionsgarde, was auf eine Fortsetzung der Strategie des „maximalen Drucks“ hinweist. Die USA hatten nach dem einseitigen Ausstieg aus dem Atomabkommen im Mai 2018 in den Folgemonaten umfassende Sanktionen verhängt, um Teheran durch gezielte Wirtschafts- und Handelsbeschränkungen in die Knie und zu neuen, umfassenden Verhandlungen zu zwingen. Zwar hatte diese Strategie einen erheblichen Einfluss auf die iranische Wirtschaft, doch bislang haben die Sanktionen Teheran wenig Anreiz geboten, das Verhalten zu modifizieren. Im Gegenteil: Im Laufe des vergangenen Jahres hat die iranische Führung die Einhaltung verschiedener Bestandteile

des Atomabkommens schrittweise zurückgefahren oder eingestellt. Den jüngsten Sanktionen vom Januar folgte prompt die Ankündigung, man werde zwar weiterhin mit der Internationalen Atomenergie-Organisation zusammenarbeiten, aber keine Grenzen mehr bei der Anreicherung von Uran akzeptieren.

**Irak.** Die Auswirkungen der jüngsten Auseinandersetzung blieben jedenfalls nicht auf den Iran begrenzt. Schon einen Tag nach dem Angriff auf Soleimani zeichnete sich eine Entwicklung ab, die weitreichende Konsequenzen für die USA und andere westliche Verbündete haben könnte, die mit Truppenkontingenten im Rahmen von Ausbildungsmissionen oder der „Counter Daesh“-Anti-Terror-Operation im Irak präsent sind. Auf Geheiß des im Januar noch



Trauerprozession am 6. Januar 2020: Soleimani war Generalleutnant und Kommandeur der Quds-Brigaden der Revolutionsgarde, einer Spezialeinheit für Auslandsoperationen. Mit ihm starb Abu Mahdi a-Muhandis, Leiter der Irakischen Volksmobilmachungskräfte.

Foto: Getty Images/Hamid Vakili/ NurPhoto



kommissarisch regierenden Premiers Adil Abdul Mahdi trat das irakische Parlament zu einer außergewöhnlichen Sitzung zusammen und verabschiedete eine Resolution, die den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Land fordert. Doch es ist unklar, ob die irakische Regierung willens und in der Lage sein wird, diesen nicht-bindenden Beschluss auch umzusetzen. In ersten Stellungnahmen lehnte die US-Regierung einen Abzug ab und drohte mit der Einfrierung des irakischen Kontos an der Federal Reserve Bank of New York, auf das Erlöse aus dem Verkauf von Erdöl fließen. Der Handlungsspielraum der irakischen Regierung ist also beschränkt, doch Teheran wird mit Sicherheit darauf drängen, die politischen Vorraussetzungen für einen mehr oder weniger erzwungenen Abzug der westlichen Truppen zu schaffen.

**Strategie.** Angesichts der beschränkten politischen Handlungsoptionen wird der Iran auch auf der militärischen Ebene versuchen, begrenzten Druck auszuüben. Zwar hat sich die iranische Führung nach dem Raketenangriff auf die US-Basen im Irak Zurückhaltung auferlegt, aber dennoch weitere Vergeltungsschläge angekündigt. Es ist ein gefährlicher Balanceakt, den der Iran hierbei meistern muss. Denn Teheran ist klar, dass eine offene Konfrontation mit dem US-Militär mit einiger Sicherheit nicht nur das Überleben vieler iranischer Truppen, sondern auch das des Regimes ernsthaft gefährden würde. Es ist daher anzunehmen, dass das Moment der Abschreckung und Vergeltung in den Hintergrund treten wird. Stattdessen wird sich die iranische Strategie auf langfristige strategische Ziele konzentrieren, allen voran die

Aufrechterhaltung beziehungsweise den Ausbau der iranischen Einflusszone in der Region, die sich von Teheran über Bagdad und Damaskus bis nach Beirut erstreckt. Mit Soleimani starb auch Abu Mahdi al-Muhandis, stellvertretender Kommandeur der irakischen Hashd al-Shaabi Volksmobilisierungseinheiten, ein Sammelbecken für eine Reihe pro-Iranischer Milizen, die von den Quds-Brigaden mit aufgebaut wurden. Diese Milizen sind nach dem Tod von al-Muhandis in eine Phase der Neuordnung eingetreten, sind aber nach wie vor in der Lage, auf Geheiß Teherans begrenzte Angriffe auf US-Stützpunkte im Irak mit Katjuscha-Raketen oder Sprengfallen durchzuführen. Auch Angriffe auf US-Ziele in Syrien, etwa durch die verbündete libanesische Hisbollah-Miliz sind möglich. Solchen Angriffen, vor allem im Irak, läge auch →



US-Soldaten stehen an der Stelle, an der eine iranische Rakete am 13. Januar 2020 auf dem Luftwaffenstützpunkt Ain al-Asad in der irakischen Provinz Anbar eingeschlagen war.

Foto: Reuters/John Davison





- ▲ Die Straße von Hormus ist eine an der schmalsten Stelle zwischen den gegenüberliegenden Festlandsküsten 30 Seemeilen (55 Kilometer) breite Meerenge, die den Persischen Golf im Westen mit dem Golf von Oman, dem Arabischen Meer und dem Indischen Ozean im Osten verbindet.

- ▲ 12. August 2019: Das amphibious assault ship USS "Boxer" (LHD 4), die USNS Tippecanoe (T-AO 199) und das amphibische Transportdockschiiff USS "John P. Murtha" (LPD 26) durchqueren die Straße von Hormus.

ein politisches Kalkül zugrunde, denn unilaterale Vergeltungsschläge des US-Militärs auf irakischesn Boden würden die volatile Regierung im Entschluss über den Abzug ausländischer Truppen sehr wahrscheinlich bestärken. Möglich sind auch Störungen des Schiffverkehrs in der Straße von Hormus. Die Seestraße ist für Ölexporte aus dem Mittleren Osten unerlässlich. 2018 wurde etwa ein Drittel des weltweiten Seehandels mit Öl durch die Meerenge am Persischen Golf abgewickelt. Doch eine Blockade durch Minen oder iranische Seestreitkräfte ist unwahrscheinlich, denn eine solche Strategie zöge nahezu unweigerlich eine politische und militärische Intervention der internationalen Gemeinschaft nach sich. Aber: Limitierte Störangriffen gegen Öltanker oder US-

Seestreitkräfte sind wie schon in der Vergangenheit durchaus möglich.

**Neuordnung.** Doch auch ohne eine größere direkte militärische Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten ist es sehr wahrscheinlich, dass das gewaltsame Ende des iranischen Generals der Auftakt zu Machtverschiebungen bildet, die mittel- bis langfristig die Verhältnisse im Mittleren Osten neu ordnen werden. Die Strategie der US-Regierung, durch Sanktionen wirtschaftlichen Druck aufzubauen, um den Iran zu Zugeständnissen zu zwingen, ist bislang erfolglos geblieben. Der dauerhafte Verbleib der US-Truppen und anderer westlicher Verbündeter im Irak ist nach der Forderung des irakischen Parlaments zum Abzug ungewiss. Die mögliche

Neuordnung der Region hängt aber auch zu einem großen Teil von den Verhältnissen im Iran und der Stabilität des Regimes ab. Anlass für diese Frage geben vor allem die zahlreichen Protestbewegungen, die in den vergangenen Jahren größere Teile der Bevölkerung gegen das Regime mobilisieren konnten, von den Sicherheitskräften aber meist mit Gewalt unterdrückt oder zerschlagen wurden.

Jüngstes Beispiel sind die Proteste, die am 8. Januar – wenige Stunden nach dem iranischen Vergeltungsangriff auf US-Militärbasen im Irak – in Folge des unbeabsichtigten Abschusses einer Maschine der Ukraine International Airlines über Teheran durch Einheiten der Revolutionsgarde aufflammten. Für das Unglück, bei dem alle 176





Live-Fire-Trainingsübung der US-Armee im Irak am 31. Oktober 2018: US-Soldaten des 3. Kavallerieregiments bilden eine kombinierte Task Force. Die Soldaten warten auf den Transporthubschrauber CH-47 Chinook. ▲

Foto: defense.gov/U.S. Army National Guard/Leland White

Besatzungsmitglieder und Passagiere ums Leben kamen, übernahmen die Luftstreitkräfte der Revolutionsgarde einige Tage später die volle Verantwortung. Binnen Stunden wandelten sich Trauerkundgebungen in Teheran in Protestmärsche gegen die Revolutionsgarde und das Regime, die aber durch Sicherheitskräfte unter Einsatz von Gewalt schnell beendet wurden.

**Protestbewegungen.** Die spontanen Demonstrationen kamen wenig überraschend, sind sie doch nur das jüngste Beispiel einer ganzen Reihe von Protestwellen, die in den vergangenen Jahren in Folge anhaltender Misswirtschaft sowie einem Mangel an Reformen entstanden. Auslöser für Unruhen waren meist ökonomischer Natur, wie etwa in den Jahren

2017 und 2018, als steigende Preise für Konsum- und Versorgungsgüter, wachsende Arbeitslosigkeit und Inflation zu einer Reihe von Protesten führten, die relativ schnell in Demonstrationen gegen die Regierung und das theokratische Regime umschlugen. Zu den blutigsten Massenprotesten seit mehr als zehn Jahren kam es im vergangenen November, ausgelöst durch die Ankündigung einer Benzinpreiserhöhung. Bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitsorganen kamen innerhalb weniger Tage hunderte Menschen ums Leben. Zahlreiche Menschen wurden bei Auseinandersetzungen mit Polizeikräften und Milizen verletzt oder verhaftet. Der Zugang zum Internet wurde landesweit für einige Tage erheblich eingeschränkt,

um eine Mobilisierung der Demonstranten sowie die Nutzung sozialer Medien zu unterbinden. Das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte sorgte für ein schnelles Ende der Proteste. Mit ihrer Niederschlagung hat die iranische Führung unter Beweis gestellt, dass sie willens ist, auch mit äußerster Gewalt gegen Demonstranten vorzugehen und auch größtem Druck von der Straße erfolgreich standzuhalten vermag.

**Resilienz.** Das brutale Vorgehen gegen Demonstranten ist häufig Kennzeichen von schwachen Staaten. Für den Iran gilt das nur bedingt, denn das herrschende theokratische Regime weist eine gewisse strukturelle Resilienz auf. Zwar hat die Polarisierung der iranischen Innenpolitik seit der Wahl von Präsident →



Foto: Reuters/Wana News Agency/ Nazanin Tabatabaee

- ▲ Auf einer Autobahn in Teheran, Iran protestieren die Menschen am 16. November 2019 gegen die Erhöhung der Benzinpreise. Bei den blutigsten Massenprotesten seit zehn Jahren kamen hunderte Menschen ums Leben.

Rouhani und seiner Zustimmung zum Atomabkommen zugenommen, wie auch die Spannungen zwischen einer Koalition aus pragmatisch orientierten Konservativen und Reformern sowie klerikalen Kräften und dem Militär. Bislang hat jedoch in beiden Lagern immer noch ein Bewusstsein dafür existiert, dass man aufeinander angewiesen ist. Bei den Parlamentswahlen im Februar 2020 gab es zwar Verluste für Reformer und Pragmatiker, deren Kandidaten vom klerikalen Wächterrath vielfach nicht zur Wahl zugelassen wurden. Dennoch ist es angesichts der erhöhten Bedrohungslage durch externe und interne Konflikte wahrscheinlich, dass auch bei Erstarken der Hardliner unter Khamenei ein grundsätzlicher Interessenausgleich zwischen beiden Seiten bestehen bleiben wird. So werden sich kaum Möglichkeiten für außerparlamentarische und zivilgesellschaftliche Kräfte ergeben, um politische oder wirtschaftliche Änderungen zu erreichen.

**Ausblick.** Hinzu kommt die relative Schwäche der regelmäßig auftauchenden Protestbewegungen, die oft spontan entstehen, überwiegend dezentral organisiert und relativ wenig politisch sind, so dass sie weder für die Sicherheitskräfte noch für den politisch-theologischen Unterbau des Regimes eine ernsthafte Gefahr darstellen. Die jüngsten und vergleichsweise unblutigen Proteste im Januar verdeutlichen, wie stark das Potential für weitere Unruhen und Massenproteste ist. Dieses Potential wird ohne umfassende politische und wirtschaftliche Strukturreformen erhalten bleiben, deren Umsetzung aber fraglich ist und deren Wirkung angesichts des umfassenden Sanktionsregimes begrenzt sein dürfte. Mit weiteren Unruhen ist also zu rechnen – doch ist es unwahrscheinlich, dass Massenproteste kurz- bis mittelfristig zu tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Reformen oder gar zu einem Umsturz führen werden. ■



### Simon Klingert

Jahrgang 1982, hat als Korrespondent und Kriegsphotograf die Konflikte im Nahen Osten, im Irak und in Afghanistan dokumentiert ([www.simonklingert.com](http://www.simonklingert.com)). Heute arbeitet er als Analyst.

### Kurz gefasst:

Die gezielte Tötung des Iranischen Generals Qassem Soleimani durch die USA im Irak hat weitreichende Folgen für die beteiligten Länder. Der Widerstand gegen die amerikanische Präsenz im Irak wächst. Im Iran gerät die Regierung vor allem wegen des unbeabsichtigten Abschusses einer zivilen Passagiermaschine unter Druck. Stürzen wird das Regime in Teheran aber wohl nicht. Noch ist die Opposition zu wenig organisiert und zu zersplittert.

Fotos: privat



# König und Kaiser

Kaiser Wilhelm I. als Projektionsfläche eines Jahrhunderts deutscher Geschichte



Foto: Wikipedia/Kabinet-Fotografie

◀ Kaiser Wilhelm I. auf einem  
Porträt des Hoffotografen  
Wilhelm Kuntzemüller

## Rheinbund

1806/1812



Quelle: Schulamt Liechtenstein/  
Evelyn Bermann, Schaan  
Grafik: Bundeswehr/Daniela Heibel

Kein anderer Monarch hat die deutsche Geschichte so geprägt wie Wilhelm I. Welchen Einfluss hatte er auf die Entwicklung zur Industrienation? Die Ära des Prinzregenten Preußenprinzen, Königs und Kaisers reicht durch das lange 19. Jahrhundert, beginnend mit der Französischen Revolution über die Einigungskriege bis zur deutschen Reichsgründung.

**A**ls der Preußenprinz Wilhelm Friedrich Ludwig am 22. März 1797 als zweiter Sohn des Kronprinzenpaares in Berlin das Licht der Welt erblickte, stand das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ganz im Bann der Vorgänge der Französischen Revolution, die seit 1789 die Ideen der Aufklärung unter dem Motto „Freiheit, Gleichheit

und Brüderlichkeit“ verbreitete. Mit einem Mix aus Entsetzen, Furcht und nicht selten auch Begeisterung hatten die Eliten Europas derweil die Vorgänge in Frankreich und den sich bereits während seines Italienfeldzugs abzeichnenden kometenhaften Aufstieg Napoleon Bonapartes

verfolgt, der sich 1804 nach einer Volksabstimmung schließlich selbst zum Kaiser der Franzosen gekrönt hatte. Der Rheinbund des Jahres 1806, dem sich zunächst 16 deutsche Fürsten angeschlos-



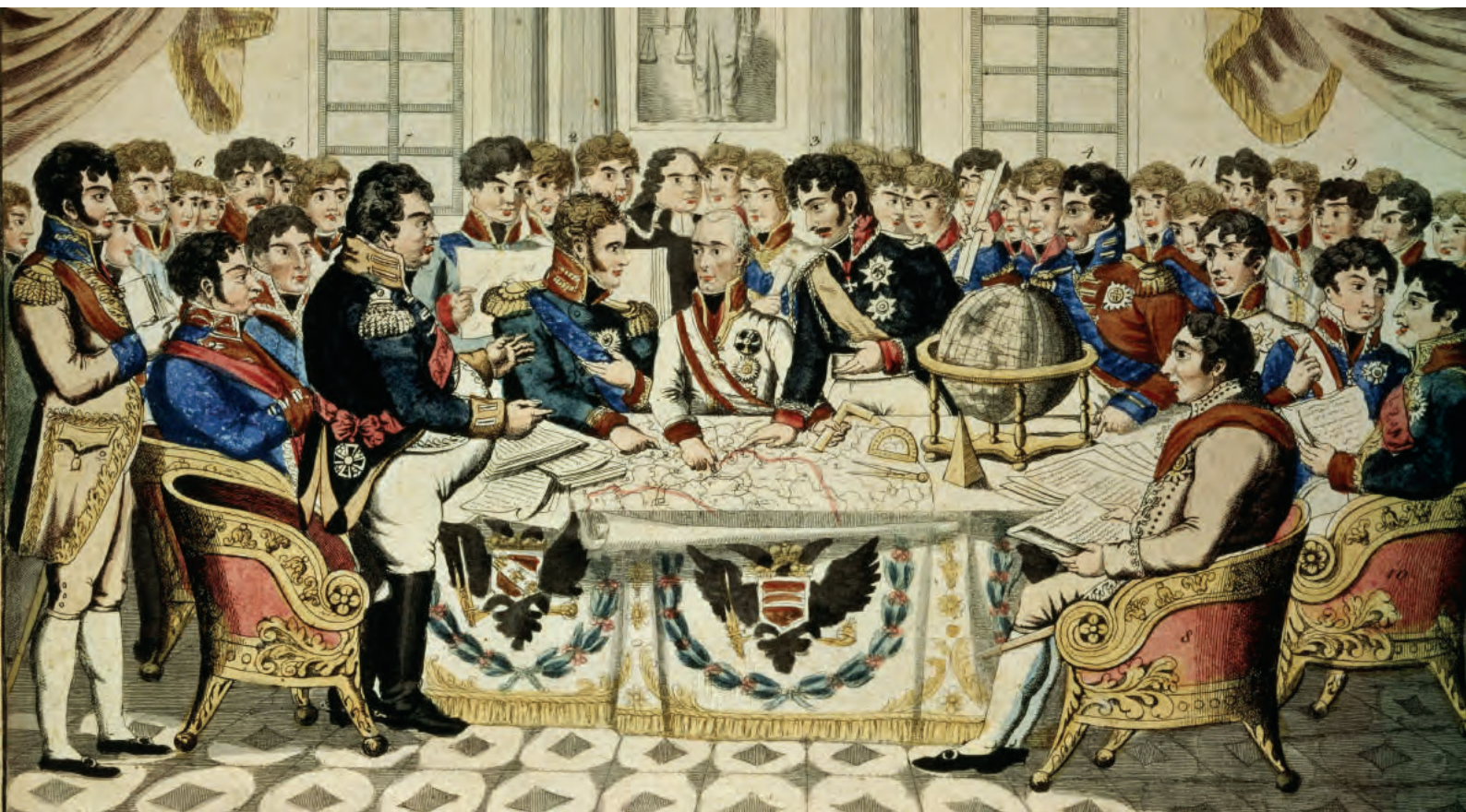
▲ Napoleons Einzug in Berlin, am 27. Oktober 1806, Gemälde von Charles Meynier (1763 - 1832): Nach der schweren Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 bricht die preußische Armee zusammen.

sen hatten, verpflichtete diese zum Austritt aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und hatte Napoleon zum Schutzherrn eines Bündnisses gemacht, dem zwei Jahre später alle deutschen Staaten mit Ausnahme Preußens und Österreichs angehören sollten. Die preußische Herrscherfamilie störte sich nicht daran, dass der Habsburger Franz II. die Kaiserkrone zeitgleich mit der Gründung des Rheinbunds niedergelegt hatte. Stattdessen war die Möglichkeit für die Familie selbst an die Macht zu gelangen zum Greifen nahe. Neun Jahre war Wilhelm zu diesem Zeitpunkt alt. Er hatte mit der Flucht der königlichen Familie nach Königsberg und der

preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt und dem Einmarsch Napoleons in Berlin bereits einiges erlebt. Unter dem Eindruck der größten Niederlage seines Staates hatte der preußische König Friedrich Wilhelm III. auf die Reformer um den Reichsfreiherrn vom und zum Stein gesetzt und den Weg für Neuerungen freigemacht. Die Reformer hatten in der so genannten „Nassauer Denkschrift“ sowohl die Bauernbefreiung, als auch die städtische Selbstverantwortung – und unter der tatkräftigen Leitung Wilhelm von Humboldts – eine Universitätsreform gefordert und anschließend gegen Widerstände durchgesetzt. Diese Universitätsreform ist für die Entwicklung von

Forschung und Lehre bis heute wegweisend. Ebenfalls Fortschritte machte in Preußen zu dieser Zeit die Emanzipation der Juden, wenngleich die von den Schrittmachern der Erneuerung angestrebte völlige rechtliche und politische Gleichstellung zum Beispiel bei der Forderung nach konfessionsunabhängiger Besetzung von Ämtern im Staatsdienst allein nach Leistung weiterhin ein unerfülltes Versprechen blieb. Das Militärwesen wurde durch die Abschaffung entehrender Strafen, wie das „Spießrutenlaufen“ und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch eine Kommission unter Führung von Generalmajor von Scharnhorst und Oberstleutnant von Gneisenau





Der Wiener Kongress fand zwischen September 1814 und Juni 1815 im Wiener Palais am Ballhausplatz statt. Nachdem Napoleon Bonaparte im Frühling 1814 besiegt wurde und seine Verbannung ins Exil beschlossen war, verkündeten die Staatsoberhäupter Mitteleuropas in Paris (Pariser Frieden) das Ende des Krieges, Zeitgenössische Radierung, koloriert, von J. Zutz

ebenfalls neu ausgerichtet und im Sinne der Aufklärung modernisiert.

### Neuordnung der Machtverhältnisse.

Der Wiener Kongress des Jahres 1815 fügte nach der endgültigen Niederlage Napoleons die 41 Staaten und Freien Städte des deutschen Sprachraums zu einem lockeren Verbund zusammen, wobei Preußen und das Kaiserreich Österreich die beherrschenden Kräfte dieses politischen Konstrukts ohne zentrales Machtorgan bildeten. Die deutschen Fürsten trugen auf dem Wiener Kongress das restaurative Denken mit. Eine Volksbewegung setzte sich für einen einheitlichen Nationalstaat und die Entstehung von Verfassungen zur Wahrung der Bürgerrechte ein. Die

Landesherren fühlten sich durch die von vielen Zeitgenossen als attraktiv beurteilte Idee, den untergegangenen Reichsgedanken zu reanimieren, eher in ihren neu gewonnen Rechten bedroht. Entgegen des in der Bundesakte gegebenen Versprechens entstanden in den folgenden Jahren zunächst lediglich in Bayern, danach in Baden und Württemberg Verfassungen, die die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schriftlich garantierten. Preußen verweigerte sich dieser Entwicklung selbst dann noch, als weitere Staaten dem süddeutschen Beispiel gefolgt waren und Freiheitsfeste wie das Wartburgfest 1817 oder das Hambacher Fest 1832 den Wunsch vieler Menschen nach einem einheitlichen Deutschland deutlich machten.

**Romantiker auf dem Thron.** Die Gesellschaft befand sich nach dem Wiener Kongress in einem nie zuvor erlebten Umbruch. Bestes Beispiel war die seit 1815 zu Preußen gehörende Rheinprovinz: Die Industrialisierung und die Verstädterung veränderten die Sozialstruktur ebenso wie die Tatsache, dass der rheinische Katholizismus die religiöse Toleranz der im Protestantismus wurzelnden Herrscherfamilie einforderte. Mit Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach heiratete Wilhelm 1829 eine der gebildetsten und liberalsten Frauen der Zeit. Eine Frau, die am Hof ihres Vaters Goethe und anderen Vertretern der Wiener Klassik begegnet war. Wilhelm rückte nach dem Tode seines





Wilhelm I. (Hohenzollern)  
22. März 1797- 09. März  
1888, König von Preußen  
(1861-88), Kaiser des Deut-  
schen Reiches (1871-88) -  
Porträt als Prinz um 1820.

Foto: ullstein bild



Augusta, Kaiserin von  
Deutschland, Königin von  
Preußen, geb. Augusta  
von Sachsen-Weimar-Eise-  
nach, Stahlstich um 1840.

Foto: picture alliance/akg-images/  
Historisches Auge

Vaters und der Thronbesteigung seiner Bruders auch deswegen in den Fokus der Öffentlichkeit, weil Friedrich Wilhelm IV., an einer Geisteskrankheit litt. Die Vorstellungen seines Bruders vom Gottesgnadentum des Herrschers und seine Begeisterung für die Fertigstellung des Kölner Doms hatten diesem die Bezeichnung „Romantiker auf dem Thron“ eingetragen. Dass der verklärte Blick zurück in das Mittelalter als Kristallisationspunkt Friedrich Wilhelm IV. nicht bei der Bewältigung der Armutskrisen der entstehenden Arbeiterschaft zu Beginn der industriellen Revolution half, zeigte sich erstmals schlaglichtartig bei der blutigen Niederschlagung des Weberaufstands 1844 im schlesischen Industrierevier Langenbielau durch preußisches Militär. Während der Märzrevolution des Jahres 1848 sah er sich nach dem in Berlin äußerst blutig verlaufenen Einsatz des Militärs zu

einem aufsehenerregenden Umritt mit einer schwarz-rot-goldenen Kokarde gezwungen. Durch sein Versprechen, sich nunmehr an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen, konnte der König die Situation – zur Überraschung vieler Beobachter – kurzfristig entspannen. Nach dem das erste deutsche Parlament in der Frankfurter Paulskirche eine Verfassung für ganz Deutschland erarbeitet und Friedrich Wilhelm IV. sogar die Kaiserkrone aus der Hand der Volksvertretung angetragen hatte, lehnte er diese jedoch ab. Obwohl er Reichsgedanken im Sinne der Romantik aufgeschlossen gegenüberstehend, verachtete der Monarch die Revolutionäre und das angestrebte freiheitliche und demokratische Staatswesen.

**Der „Kartätschenprinz“.** Friedrich Wilhelm IV. beauftragte seinen Bruder Wilhelm mit der militärischen Nieder-

schlagung des badischen Aufstandes. Wilhelm hatte sich in dieser Zeit immer wieder für den Einsatz des Militärs als letztes Mittel bei der Bekämpfung der Revolutionäre stark gemacht. Wilhelm schlug den badischen Aufstand nieder. Folge war die Kapitulation der Festung Rastatt 1849, die den Revolutionären als Rückzugsort gedient hatte. Von der Bevölkerung erhielt Wilhelm in Anlehnung an die mit Blei ausgegossene Artilleriemunition den wenig rühmlichen Beinamen „Kartätschenprinz“. Nach seiner „Bewährung“ als Heerführer wurde Wilhelm zum Generalgouverneur der Rheinprovinz und Gouverneur von Westfalen ernannt, wobei er zusammen mit seiner Frau Quartier in Koblenz bezog. Für die nächsten acht Jahre kam der Kronprinz unter dem Einfluss seiner Frau mit liberalen Ideen, katholischen Würdenträgern und den innovativen bürgerlich-städtisch geprägten Trägerschichten der rheinischen





Otto Fürst von Bismarck (Mitte), preußischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler, mit den Bevollmächtigten zum Bundesrat im Berliner Reichstag.

Foto: ullstein bild/Süddeutsche Zeitung  
Photo/Scherl

Industrialisierung in Berührung. Sein bislang ausschließlich soldatisch geprägtes Weltbild öffnete sich zumindest ansatzweise. Spätestens als sein Sohn – der spätere Kaiser Friedrich III. – das Studium der Rechtswissenschaften in Bonn begonnen hatte galt das Kurfürstliche Schloss in Koblenz vielen Liberalen als Neuinszenierung dessen, was Augusta am Weimarer Hof zur Zeit Goethes erlebt hatte.

**Blut und Eisen.** Als der Prinz 1858 die Regentschaft für den geisteskranken Bruder antrat, leitete er die Politik der „Neuen Ära“ ein, die er nach seiner Thronbesteigung 1861 fortsetzen wollte. Die angestrebte Heeresreform des inzwischen 63-jährigen scheiterte an den liberalen Abgeordneten des preußischen Landtags und deren haushaltspolitischen Rechten. In dieser Stunde, in der die Abdankung zu Gunsten seines Sohnes bereits im Raum stand, berief der König Otto von

Bismarck zum Ministerpräsidenten. Als Letzterer vor dem Haushaltsausschuss erklärte, dass „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse die großen Fragen der Zeit entschieden werden, sondern durch Blut und Eisen“, wurde eine neue Sichtweise auf die preußische Politik erkennbar: Anstelle des Liberalismus forderte Bismarck eine starke Machtstellung Preußens ein. Dabei regierte er ohne genehmigten Staatshaushalt.

**Die Einigungskriege.** Ungeachtet massiver politischer Proteste und selbst trotz des Widerspruchs seiner Ehefrau hielt Wilhelm an dem offensichtlich wenig sensiblen Ministerpräsidenten fest. Erfolge bei der Umsetzung der Ziele der in der Bevölkerung durchaus populären deutschen Nationalbewegung sollten Bismarcks Politik in dieser kritischen Phase zu stabilisieren helfen. Der Deutsch-Dänische Krieg 1864, den Preußen und Österreich

gemeinsam unter Führung des preußischen Generalstabchefs Helmuth von Moltke gewinnen konnten, schuf hierfür die Voraussetzung. Der preußisch-deutsche Dualismus im Deutschen Bund hatte jedoch keine Zukunft. Zwischen Wilhelm und Bismarck bestand seit langer Zeit Konsens darüber, dass auf Dauer eine Lösung der deutschen Frage unter preußischen Vorzeichen angesagt war. Tatsächlich sollte es nur bis 1866 dauern, bis es wegen der Fragen über die Zukunft Schleswig-Holsteins zum finalen Showdown zwischen Preußen und Österreich und dessen süddeutschen Verbündeten kommen sollte. Bismarck war sofort bereit, den Interessengegensatz militärisch zu lösen, Wilhelm zögerte. Erst Moltke, der den Sieg im Feldzug unter der Voraussetzung, dass Russland und Frankreich sich neutral verhalten würden, zusicherte, gab den Ausschlag für die Entscheidung →



des Kronrats. Der Sieg der Preußen bei Königgrätz bedeutete die entscheidende Weichenstellung für die künftige Hegemonialstellung im gesamten deutschen Sprachraum.

### Revolution auf dem Gefechtsfeld.

Das Ansehen des siegreichen Monarchen wuchs. Zwar galt Wilhelm als Traditionalist. Dennoch stand der Oberbefehlshaber den Neuerungen auf dem Gefechtsfeld offen gegenüber. Wilhelm ließ sich durch seinen Generalstabschef Moltke beraten und förderte somit, dass sich die Methoden der Kriegführung entscheidend weiterentwickeln konnten. So wurden fortan Eisenbahn und Telegrafen genutzt und das Zündnadelgewehr eingeführt. Als revolutionär und vorteilhaft für die preußische Armee ist in diesem Zusammenhang die Anpassung der Ausbildung des Offizier- und Unteroffizierkorps zu nennen. Der

preußischen Armee gelang es dank dieser Flexibilität angepasst auf die veränderten taktischen Gefechtslagen zu reagieren. Dass „Zeit gleich Sieg“ – so Moltkes eingängiger Ratschlag an seinen König - und das preußische Volksschulsystem als Pflanzstätte künftiger Unteroffiziere in einer komplexer gewordenen militärischen Welt Voraussetzungen für den militärischen Sieg im Industriezeitalter geworden waren, erkannte Wilhelm durchaus.

**Innenpolitische Akzeptanz.** Die Sieges euphorie sorgte dafür, dass auch der preußische Landtag rückwirkend das Regieren ohne gültigen Haushalt akzeptierte und sich die innenpolitische Situation deutlich entspannte. Mit dem Erfolg im Deutsch-Französischen Krieg ist bis heute untrennbar die Kaiserproklamation Wilhelms I. durch seinen Schwiegersohn, Großherzog

Friedrich von Baden, am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles verbunden. Wilhelm I. hatte die Kaiserwürde nur unter der Bedingung angenommen, dass alle deutschen Fürsten zustimmten. Er ahnte hierbei nicht, dass der zwischenzeitlich in den Fürstenstand erhobene Bismarck die kostenintensive Baulust des Bayernkönigs Ludwig II. für eine Spende in Millionenhöhe genutzt hatte, um diesen im Gegenzug zur Unterschrift unter den so genannten „Kaiserbrief“ zu veranlassen. Der Kaiserbrief beinhaltete den Vorschlag des bayerischen Königs den preußischen König zum Kaiser des Reiches auszurufen. Den Tag der Kaiserproklamation soll Wilhelm als „unglücklichsten Tag seines Lebens“ empfunden und diesen als „Ende des Preußentums“ im Tausch gegen eine unsichere deutsche Zukunft bewertet haben. Seinem Ministerpräsidenten hatte

Der preußische König Wilhelm I., Bismarck und General Moltke beobachten die Schlacht bei Königgrätz 1866 (Gemälde von Georg Bleibtreu).

Foto: Wikipedia/Ralf Roletschek





er im Gegensatz zu seinem Generalstabschef nach der Zeremonie nicht einmal die Hand gegeben. Das Staatsoberhaupt des zweiten, kleindeutschen Kaiserreichs ohne Österreich gewöhnte sich dennoch schnell an seine neue Rolle, wobei er sich auch in den nächsten 17 Jahren auf den Rat seines Reichskanzlers Bismarck und seines Generalstabschefs Moltke stützte. Das nicht belegte, aber dennoch zur Beschreibung des Charakters des Monarchen häufig angeführte angebliche Zitat, dass es für ihn schwer sei „unter einem solchen Reichskanzler Kaiser zu sein“, zeigte, dass Wilhelm nicht nur bei der Auswahl seiner engsten Mitarbeiter eine glückliche Hand hatte, sondern alles andere als beratungsresistent

war und darüber hinaus seine eigenen Fähigkeiten selbstkritisch und sogar mit Humor einschätzen konnte. Von daher erscheint das von einigen Historikern gezeichnete Bild Wilhelms I. als reine Marionette in der Hand übermächtiger Ratgeber überzeichnet. Vor allem seine gebildete Frau bewahrte den Kaiser, der sich außerdem immer durch sein pflichtgemäßes und intensives Aktenstudium auf Besprechungen im Vorfeld wichtiger Entscheidungen ausgezeichnet vorbereitet zeigte, zum Leidwesen Bismarcks vor allzu großer Nachgiebigkeit. Sein Bonmot, „ich habe keine Zeit, müde zu sein!“, machte den Kaiser zum Symbol preußischer Pflichterfüllung und trug dem „Alten Herrn“ – so seine

respektvolle Bezeichnung in der Truppe – reichsweit Sympathie ein.

**Zurückdrängen der katholische Kirche.** Das Bismarckreich führte als protestantisch dominiertes Staatswesen unmittelbar nach seiner Gründung einen Kulturkampf, um den Einfluss der katholischen Kirche zurück zu drängen. Die Ausgrenzung von Millionen seiner katholischen Untertanen brachte ihm den Hass der Kaiserin ein, die den rheinischen Katholizismus und dessen Exponenten in ihrer Koblenzer Zeit durchaus zu schätzen gelernt hatte. Der Kaiser trug die letztlich erfolglosen und 1878 deswegen eingestellten Bemühungen um Ausgrenzung von Millionen seiner holischen →

Wilhelm, der im hohen Alter hohe Popularität genoss und für viele das „alte Preußen“ verkörperte, starb nach kurzer Krankheit im Dreikaiserjahr am 9. März 1888 im Alten Palais Unter den Linden und wurde am 16. März im Mausoleum im Schlosspark Charlottenburg beigesetzt. Im Bild: Der Trauerzug mit dem Sarg von Kaiser Wilhelm I. am Brandenburger Tor.

Foto: ullstein bild/Sddeutsche Zeitung Photo/Scherl



Untertanen mit. Die Schuld für sein Scheitern in dieser Angelegenheit gab Bismarck der Kaiserin und deren aufgeschlossene Haltung gegenüber der vom protestantischen Reichskanzler als fremd und wegen ihres politischen Anspruchs auf Mitgestaltung in bildungs- und gesellschaftspolitischen Fragen als Bedrohung empfundenen katholischen Konfession.

### Umgang mit „Reichsfeinden“.

Gleiches galt für die im Zuge der Industrialisierung erstarkende Sozialdemokratie. Hier nutzte Bismarck mit der Sozialdemokratie in fragwürdigen Zusammenhang gebrachte Attentate auf den Kaiser, um zwischen 1878 und 1890 gesetzliche Verbote gegen die Partei, Gewerkschaften und jegliche Form der Organisation der Arbeiterschaft

durchzusetzen. Auch hier blieb seine vehement verfolgte Strategie der Ausgrenzung letztlich zum Scheitern verurteilt und konnte den Aufstieg der SPD zur stärksten Partei bis 1913 nicht verhindern. Zwar galten die 500.000 Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich seit der Reichsgründung per Gesetz formal als gleichberechtigt, doch erhielten antisemitische Organisationen im letzten Regierungsjahrzehnt Wilhelms I. unter dem Eindruck einer ökonomischen Gründerkrise verstärkt Zulauf. Spitzenstellungen in Staat, Verwaltung oder gar im Militär blieben dieser Gruppe faktisch verwehrt. Der ansonsten für sein starkes Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung geschätzte Monarch verwahrte sich gegen diese offene Diskriminierung nicht.

### Lesetipps:



**Gall, Lothar:** Bismarck – Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main 1981.

**Herre, Franz:** Moltke – Ein Mann und sein Jahrhundert, Berlin (West) 1988.

**Militärgeschichtliches Forschungsamt der Bundeswehr (Hrsg.)** Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden 1848 – 1939, Bd. 2, München 1983.

**Schulze-Wegener, Guntram:** Wilhelm I. Deutscher Kaiser – König von Preußen – Nationaler Mythos, Hamburg 2015.

▼ Gemälde von F. Siemenroth: Wilhelm I. und Otto von Bismarck.



Foto: ullstein bild

### Geburtsstunde der Sozialgesetzgebung.

Dass Wilhelm I. im Gegensatz hierzu durchaus modern agieren konnte, belegte hingegen eine andere Maßnahme Bismarcks: Der kaiserliche Obrigkeitsstaat setzte mit seiner geradezu revolutionär anmutenden Sozialgesetzgebung ab 1883 mit der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung unter dem ersten deutschen Kaiser sozialpolitische Maßstäbe. Er begründete die in Deutschland heute grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsgarantie. Obwohl kontinentaleuropäisch denkend und nach der Reichsgründung auf Stabilität bedacht, fiel mit der Inbesitznahme von Togo und Kamerun 1884 der Startschuss für die kolonialen Erwerbungen des Deutschen Reichs. Mit dem Erwerb Nord-Neuguineas, dessen Benennung in Kaiser-Wilhelm-Land und der davor gelagerten Inselgruppe in Bismarck-Archipel wurde offenkundig bereits kurz nach der Reichsgründung ein Eckstein für die meist allein Wilhelm II. zugeschriebene Flotten- und Kolonialbegeisterung gesetzt.



Als Wilhelm I. am 5. März 1888 in seinem Palais am Berliner Opernplatz im Alter von 91 Jahren starb, folgten eine Million Menschen dem offiziellen Trauerzug zum Mausoleum im Charlottenburger Schlosspark. Seine Ehefrau erlebte noch, dass der gemeinsame Sohn Friedrich III. für 99 Tage den Thron bestieg und ihr Enkel Wilhelm II. als dessen Nachfolger ebenfalls noch im gleichen Jahr Kaiser wurde. Knapp

zwei Monate nach ihrem Tod im Januar 1890 entließ ihr Enkelsohn und letzter deutscher Kaiser Bismarck nach 19 Jahren Dienst aus dem Amt des Reichskanzlers. Die Welt Wilhelms I. existierte längst nicht mehr, als die Zeit der zu seinen Ehren im inzwischen zur führenden Industriemacht des Kontinents aufgestiegenen Deutschen Reich errichteten Denkmäler begann. Knapp 1.000 an der Zahl sollten es werden. ■

Das zwischen 1892 und 1896 errichtete Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen ist ein typisches Denkmal wie Wilhelm II., Enkelsohn des ersten deutschen Kaisers, die Rolle seines Großvaters bei der Gründung des Deutschen Reichs sehen wollte. ▼



Foto: imago images/Harald Lange



Foto: privat

### Dr. Frank Heinz Bauer

Jahrgang 1965, Oberstleutnant der Reserve, (ehemalige) Heeresflugabwehrtruppe der Bundeswehr, hat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Mittlere, Neuere und Alte Geschichte sowie Politikwissenschaften studiert und promoviert. Er arbeitet als Studienrat am Hellenstein-Gymnasium Heidenheim (Baden-Württemberg) und unterrichtet dort die Fächer Gemeinschaftskunde und Geschichte.

#### Kurz gefasst:

In der historischen Persönlichkeit des Hohenzollernkaisers Wilhelm I. spiegeln sich über neun Jahrzehnte preußische, deutsche und europäische Geschichte. 1797 als zweiter Sohn des preußischen Kronprinzen geboren, spielen die Ideen der Aufklärung, der Französischen Revolution ebenso eine Rolle wie die entstehende National- und Freiheitsbewegung mit ihrem Höhepunkt in der von dem Preußenprinzip strikt bekämpften liberalen Revolution von 1848. Die rasch einsetzende Industrialisierung durchdringt alle Lebensbereiche und weist Preußen eine neue Rolle zu, die mit der Berufung Bismarcks zum Ministerpräsidenten und Moltkes zum Generalstabschef 1871 mit der Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles führt. Als der erste deutsche Kaiser 1888 stirbt, steht er an der Spitze einer industrialisierten Großmacht, die einerseits durch die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung innovative Elemente mit obrigkeitstaatlichen Mitteln durchsetzt. Andererseits kennzeichnen die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Sozialistengesetze, der Kulturkampf gegen die katholische Kirche und die Ausgrenzung der jüdischen Reichsbevölkerung seine Politik, die langfristig innenpolitische Gräben aufgerissen hat.

# Die Angsthasen

Vom verantwortungsvollen Umgang mit dem Risiko



Foto: ddp images/Jens Wolf

Scheut die Bundeswehr das Risiko? Der Behördenapparat und das Denken der Menschen könnte dazu führen, dass Situationen systematisch problematisiert und mögliche Gefahren überbewertet werden. Im Gegensatz dazu droht die Fähigkeit als auch die Bereitschaft konstruktiv zu denken abzunehmen: Einsätze werden eher behindert als ihr Gelingen gefördert wird.

**D**ie meisten Deutschen sind Angsthasen. Sie schließen zahlreiche überflüssige Versicherungen ab, zum Beispiel eine Ausbildungs-, Glasbruch- und Unfalltagelohnversicherung, Fahrrad- und natürlich eine Reisegepäckpolice. Sie tragen

beim Radeln einen Fahrradhelm, auch wenn zum Beispiel in den Niederlanden dieser Schutz nahezu unbekannt ist. Sie misstrauen Aktien, die naturgemäß ein Verlustrisiko mit sich bringen und horten stattdessen ihr Bargeld am liebsten klassisch –

aber unrentabel – in Sparsbüchern. 2012 zeigte die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten in Potsdam die Ausstellung „Friederisiko“ über Friedrich II. Man warf damit qua Titel dem Preußenkönig vor, in den Feldzügen gegen Schlesien ab 1740



Schwieriges Vorankommen. Schilderwälder und schwieriges Gelände sind nicht nur auf den Übungsplätzen der Bundeswehr zu finden.

Foto: picture alliance/dpa/Ralf Hirschberger



ein hohes operatives Risiko eingegangen zu sein. Was hat dies alles mit der Bundeswehr zu tun?

Bewusst oder unbewusst tragen viele Bundeswehrangehörige diese im öffentlichen und privaten Raum vorherrschende Haltung in die Streitkräfte hinein: Im Jahresbericht 2019 des Wehrbeauftragten heißt es zum planerischen Risiko für Rüstungsprojekte: „Die Strategie absoluter Risiko-Minimierung im Management großer Rüstungsprojekte kann zur Maximierung des Risikos für die Truppe führen, die dann mit veral-

teter oder eben keiner Ausrüstung kämpfen muss“. Ein weiteres Beispiel (des Wehrbeauftragten, d. Verf.) aus Bischofswiesen: „Soldatinnen und Soldaten des Gebirgsjägerbataillons 232 waren während der (...) in Südbayern vorherrschenden Schneenotlage in der Umgebung ihres Standortes im Einsatz. Als es später darum ging, auch die Dächer der eigenen Kaserne freizuräumen, hat man dies den Soldaten jedoch untersagt. Stattdessen erledigte eine zivile Firma diese Arbeit. Zur Begründung führte das zuständige Bundesamt

für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw) an, dass Soldatinnen und Soldaten für diese Aufgabe nur dann einsetzbar seien, wenn explizit ein Katastrophenfall ausgerufen sei. Diese Gefahrenstufe habe jedoch zum Zeitpunkt der vorgesehenen Schneeräumung der Kasernendächer nicht mehr vorgelegen. Es fehlte also an einer Rechtsgrundlage für das Schneeräumen.“ Oder aus dem Bereich des Militärischen Nachrichtenwesens: Wer kennt nicht die vielsagende Formulierung aus →

den Intelligence Summaries: „... ist unwahrscheinlich, aber nicht gänzlich aus-zuschließen“. Damit wird nicht nur eine deutliche sprachliche Redundanz offenbart, man erkennt

auch sofort ein erhebliches Absicherungsdenken des Herausgebers. Was sind ganz allgemein Risiken für den militärischen Führer? Der Leitfaden für den Planungspro-

zess der NATO nennt hierzu oft beispielhaft die Bedrohung durch den Feind, Überdehnung der eigenen Kräfte, das Wetter, technische Ausfälle, ein schwaches Mandat

Komplexen Strukturen und Bürokratie machen die Bundeswehr zu einer speziellen Arbeitsumgebung. Warnungen und Sicherheitsheits-

▼ hinweise erleichtern die Arbeit auf dem Dienstweg oftmals nicht.





und anderes mehr. Dabei unterscheiden die NATO-Planer meist zwischen der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Ereignisses und seiner möglichen Durchschlagskraft auf die jeweilige Operation. Diese beispielhaft genannten Faktoren machen dem militärischen Führer vor Ort natürlich das Leben schwer. Soll er deshalb jedoch beim ersten Auftreten dieser Bedrohungen für seinen Auftrag Alles hinwerfen und „Mission Impossible“ melden, wo der Dienstherr doch gleichzeitig von ihm fordert, er habe die Bundesre-

publik Deutschland „tapfer zu verteidigen“? Soll der Truppenführer Verantwortung meiden, aus Angst, falsche Entscheidungen zu treffen? Zum Glück sieht der NATO-Planungsprozess danach den Schritt „Risk Mitigation“ vor, mit dem – zumindest modellhaft – die wichtigsten Risiken abgemildert werden können, damit die Operation insgesamt weitergeführt werden kann. Das im Einsatzführungskommando der Bundeswehr eingesetzte Personal beobachtet regelmäßig, dass verschiedene Dienststellen zwar oft

wenig zum Gelingen eines laufenden Auslandseinsatzes beitragen konnten, aber sehr wohl viel zu dessen Blockade. So sollten z.B. im Frühjahr 2016 sämtliche Handwaffen in den damals laufenden sechs Marineeinsätzen aus technischen Gründen ohne Vorlauf und ohne gleichzeitigen Ersatz für die Nutzung gesperrt werden. Das Einsatzteam Marine in Potsdam konnte damals eine pragmatische Lösung herbeiführen, die die Kriterien „schießtechnische Sicherheit“ und „persönlicher Schutz der Soldatinnen und Soldaten →

Beladungsvorgänge sind nicht nur bei der Marine zeitraubend und herausfordernd. Anlegemanöver des Schnellboots 'Hyäne' beim Einlaufen in Warnemünde 2016. ▼



im Einsatz“ pragmatisch miteinander verband, allerdings gegen das Votum der entsprechenden Fachdienststelle. Wenn sich die oft monokausal argumentierenden Bedenkenträger von Spezialdienststellen stets in vollem Umfang durchsetzen würden, wären aus meiner Sicht nur noch wenige taktische und operative Bewegungen von Einheiten beziehungsweise Verbänden der Bundeswehr möglich, im Ausland wie im Inland, - die Bundeswehr wäre mehr oder minder „qua

Fach-Veto lahmgelegt“. Beim heutigen Zustand der Bundeswehr ist es immer einfacher, einen Einsatz, eine Operation oder ein Manöver durch ein fachliches Veto zu lähmen, als die zwei, drei Dutzend notwendigen Bedingungen zu erfüllen, damit das Vorhaben nach komplexen Regeln durchgeführt werden kann; insofern liegt hier eine Art „regulatorische Asymmetrie“ vor.

Die Kunst besteht offenbar darin, die mannigfaltigen Bedingungen

für den Einsatz der eigenen Kräfte genau zu kennen – beispielsweise den Einfluss von schwerem Wetter auf ein Boot der Marine. Wenn der Kommandant beziehungsweise Kommandeur und seine Fachleute vor Ort die möglichen Folgen einer Maßnahme definieren und eingrenzen können, ist das Risiko meistens schon beherrschbar.

Verschiedene Dienststellen der Bundeswehr arbeiten erfolgreich daran, finanzielle, juristische oder zum Bei-



Steht die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr noch im Vordergrund? Der Waffenbediener einer Schnellfeuerkanone auf dem Einsatzgruppenversorger "Bonn", in der Nähe von Bornholm 2019.

Foto: picture alliance/dpa/Axel Heimken



spiel (arbeits-) medizinische Risiken in der Bundeswehr zu erkennen und Pläne zur Minimierung dieser Risiken zu erarbeiten. Oft schwingt dabei jedoch der Gedanke mit: „Was, wenn etwas passiert, und was, wenn dann jemand vor Gericht klagt?“. Dieses Argument kann mit den Mitteln der Wahrscheinlichkeitsrechnung meist erheblich entzaubert werden:

- Wenn eine Sicherheitsbestimmung etwa an Bord einer Fregatte

nicht eingehalten wurde, wie hoch ist dann die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch Menschen oder Material zu Schaden kommen?

- Wenn jemand zu Schaden kommen sollte, wie hoch ist dann die Wahrscheinlichkeit, dass er (oder sie) gegen die Bundeswehr klagen wird?
- Wenn der oder die Geschädigte gegen die Bundeswehr klagt, wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie vor Gericht Recht

bekommen wird? Liegt tatsächlich immer sofort grobe Fahrlässigkeit vor?

- Und wenn er beziehungsweise sie Recht bekommen sollte, wie hoch ist dann die Wahrscheinlichkeit, dass der Verantwortliche persönlich für den Schaden haften muss?
- Wenn die Antwort für die Gesamtwahrscheinlichkeit nach diesen vier Prüfschleifen „sehr gering“ lautet, sollten →



Schwieriges Übungsmanöver. Ein Betankungsvorgang der Marine im Oktober 2018 vor der Küste Finnlands.

Foto: Bundeswehr/Marcel Kröncke





Der Schutz von Soldatinnen und Soldaten steht im Vordergrund. Eine Fähigkeitsüberprüfung im Rahmen der ABC-Abwehr an Bord eines Marineschiffs.

Foto: Bundeswehr/Kim Brakensiek

die Vorgesetzten aller Ebenen selbstbewusst prüfen, ob diese denkbar un-wahrscheinliche Konstellation zum Ausfall einer militärischen Fähigkeit führen darf. Und sie sollten – jeweils Ihrer Ebene angemessen – die Befugnis erhalten, bestimmte fachliche Ausnahmen anzuordnen. Solche Fälle sollten dann allerdings sauber dokumentiert werden.

Sind Einsätze ohne Risiken überhaupt vorstellbar? Soldat sein, heißt beherrschbare Risiken in Kauf zu nehmen. Das gilt seit Alexander dem Großen, aber die Neigung der Truppenführer, dieses Risiko zu tragen, nimmt seit vielen Jahren, ja

sogar Jahrzehnten immer mehr ab. Viele General- und/ Admiralstabs-offiziere und Spitzenbeamte meiden aus Sicht des Autors oft Risiken mit Rücksicht auf ihre Karriere, rühmliche Ausnahmen aus-genommen. Andere meiden das Risiko, weil sie fürchten, finanziell in Regress genommen zu werden. Truppenführer akzeptieren natürlich gerne Berater (zum Beispiel Political Advisor, Legal Advisor, Abteilungsleiter in Stäben etc.), sie selbst müssen sich jedoch darüber klar sein, dass sie die Entscheider bleiben. Die Vorgesetzten der Truppenführer ihrerseits sollten eine Fehlerkultur ermöglichen, in der unter der Prämisse der Auftragsdurchführung

beziehungsweise Zielerreichung auch einmal von Vorschriften oder fachlichen Ratschlägen abgewichen werden darf, wenn das Risiko überschaubar und die Gesamtoperation bedeutsam ist. Gesunder Menschenverstand hilft dabei. Dieser Ansatz sollte meines Erachtens ein Ausbildungsziel der Inneren Führung sein und auch in Beurteilungen reflektiert werden. Schließlich ist auch zu überlegen, welche fachlich zuständige Dienststelle sozusagen ein „Fach-Veto“ aussprechen darf, mit dem Fähigkeiten in Einsatz und Übung zum Erliegen gebracht werden können. Meiner Sicht nach sollte dies den Extremfällen „Unmittelbare Gefahr für Leib und



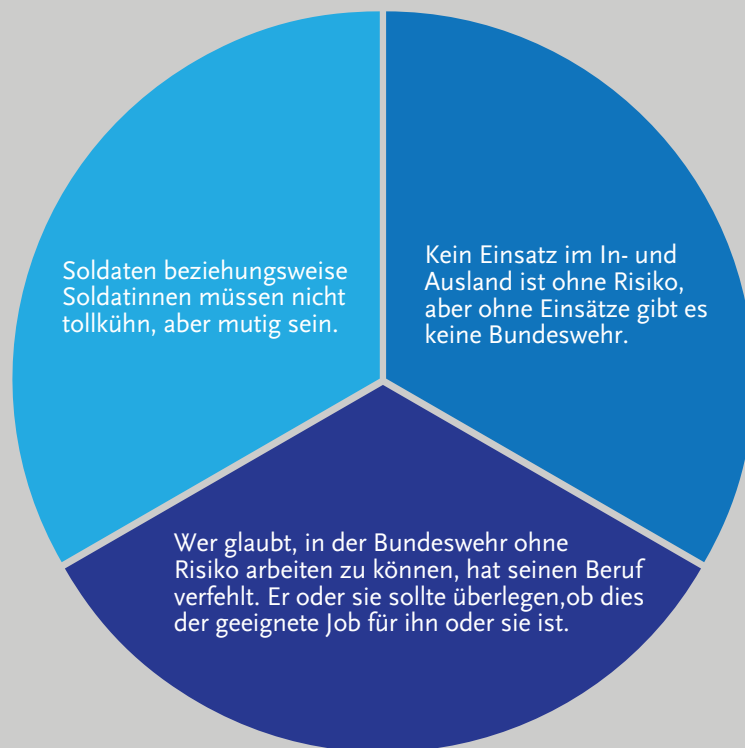
Leben“, (wobei ein strenger Maßstab anzulegen ist, - zu oft wird dies als Schutzbehauptung ausgesprochen), „grobes Übertreten des Mandates“ und dem Verdacht auf Straftaten durch Bundeswehrangehörige vorbehalten bleiben.

Drei zusammenfassende Thesen zum Schluss.

- Soldaten beziehungsweise Soldatinnen müssen nicht tollkühn, aber mutig sein.
- Kein Einsatz im In- und Ausland ist ohne Risiko, aber ohne Einsätze gibt es keine Bundeswehr.
- Wer glaubt, in der Bundeswehr ohne Risiko arbeiten zu können, hat seinen Beruf verfehlt. Er oder sie sollte sich überlegen, ob dies der geeignete Job für ihn oder sie ist.

Wenn wir dies auf allen Ebenen beherzigen, wird unsere Bundeswehr das wirksame Instrument deutscher Sicherheitspolitik sein, das wir so dringend brauchen und das wir uns alle wünschen. ■

## Drei Thesen



Grafik: Bundeswehr/Catharina Deflou

Jeder Einsatz birgt Risiken und die Gefahr individueller Fehler. Kann eine gestärkte Fehlerkultur dazu beitragen Sicherheit für Personal im Einsatz zu schaffen? Ein Kampfschwimmer bei der deutschen Marine.



Foto: Bundeswehr/Björn Wilke



Foto: privat

### Christoph Karich

Jahrgang 1968 Fregatkapitän, bereitet sich derzeit am Bundessprachenamt auf eine internationale Verwendung vor. Zuvor war er im Einsatzführungskommando der Bundeswehr, im Bundesministerium der Verteidigung und im JFC Brunssum eingesetzt. Er gibt in diesem Beitrag seine persönliche Auffassung wieder.

#### Kurz gefasst:

Die ausgeprägte Risiko-Aversion zahlreicher Deutscher spiegelt sich strukturell auch in der Bundeswehr. Taktische und operative Führer können ihre Aufträge z.T. nicht ausführen, weil sie immer öfter von risikoscheuen Fachleuten ausgebremst werden. Wie soll man verantwortlich mit dem Risiko in den Streitkräften umgehen?



4. Mai 1980

Tod Titos



Foto: ullstein bild

Josip Broz, genannt Tito, stirbt am 4. Mai 1980 in Ljubljana, Jugoslawien. Der Diktator ist Generalsekretär des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Marschall von Jugoslawien, Ministerpräsident und Staatspräsident von 1945 bis 1980. Tito führt im Zweiten Weltkrieg die kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer Jugoslawiens, gegen die faschistische kroatische Ustascha und die königstreuen, vorwiegend serbischen Tschetniks. Nach dem Krieg bricht Tito 1948 mit der Sowjetunion unter Stalin und betreibt eine unabhängige Politik. Seit den 1950er Jahren gilt er als einer der führenden Staatsmänner der Bewegung der Blockfreien Staaten. Nach Titos Tod erodiert der Vielvölkerstaat Jugoslawien und zerfällt. Es kommt zwischen einigen Nachfolgestaaten zu verlustreichen Kriegen.

# Krieg in Korea

Truppen des kommunistischen Nordkorea greifen am 25. Juni 1950 Südkorea an. Der Korea-Krieg dauert drei Jahre. Seit Ende des Krieges 1953 ist das Land in zwei Staaten geteilt.

Zwei Tage nach dem Angriff fällt die Hauptstadt Seoul. Der Überfall schlägt in Washington und den europäischen Hauptstädten wie ein Blitz ein. Der „Spiegel“ schreibt am 29. Juni 1950: „Es gibt keinen Punkt in der ganzen Welt, wo der 70jährige Marschall Stalin diesen Probe-Krieg günstiger

abrollen lassen könnte“. Das Nachrichtenmagazin drückt damit ein weit verbreitetes Empfinden aus: „Der Korea-Krieg sei ein für den Kalten Krieg typischer Stellvertreterkrieg“, mit Wissen und Billigung der Sowjetunion geführt. Man zieht Parallelen zwischen dem geteilten Korea und dem geteilten Deutsch-



Koreakrieg 1950-53: Der Gefreite Roman Prauty, Schütze des 31. Regimental Combat Team (Regimentskampverband) der US-Infanterie, gibt am 9. Juni 1951 mit einem 75 mm Leichtgeschütz Infanterieeinheiten bei Oetlook-tong Feuerschutz.

Foto: ullstein bild/picture alliance/akg-images



land: Das zu dieser Zeit wehrlose Westdeutschland könnte durch einen möglichen Angriff der Sowjetunion bedroht sein. Noch am Tage des Überfalls tritt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) zusammen und beschließt einstimmig: „(...) der Angriff stellt einen Friedensbruch dar. Die VN verlangen die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und ersuchen Nordkorea, seine bewaffneten Kräfte sofort auf den 38. Breitengrad zurückzuziehen.“ Soldaten aus 15 Nationen wehren im Auftrag der VN den Angriff Nordkoreas ab. Die Hauptlast des Kampfes tragen die US-Amerikaner



unter dem Kommando von General Douglas MacArthur. Zu Kriegsbeginn sind die UN-Einheiten noch zu schwach, um die Truppen des Diktators Kim Il Sung aufzuhalten. Bis auf den Brückenkopf Pusan im Südzipfel der Halbinsel muss ganz Südkorea aufgegeben werden. Am 15. September 1950 ergreift MacArthur die Initiative: Von See her erfolgt beim zweitgrößten Hafen Südkoreas, Incheon, 30 Kilometer westlich von Seoul, die Invasion der VN-Truppen im Rücken der Nordkoreaner. Wenig später ergeben sie sich und die US-Truppen befreien Seoul. Die Amerikaner setzen mit Einverständnis der VN ihren Vormarsch bis zur chinesischen Grenze fort, trotz Warnungen der Chinesen. Die rotchinesische Armee antwortet Ende 1950 mit dem „Feldzug der menschlichen Welle“. Mit ihm macht Peking die moderne Ausrüstung der US-Truppen durch den psychologischen Druck großer Infanteriemassen wett. In verlustreichen Kämpfen werden die Amerikaner zurückgeworfen. Im Frühjahr 1951 stabilisiert sich die Front nördlich des 38. Breitengrades. Zuvor hat MacArthur die Bombardierung des chinesischen Hinterlandes mit Atomwaffen verlangt. US Präsident Harry S. Truman ist an einer solchen Eskalation nicht interessiert. Stattdessen beginnen am 10. Juli 1951 Waffenstillstandsverhandlungen. Erst am 27. Juli 1953 enden sie offiziell in Panmunjon: Korea bleibt entlang einer entmilitarisierten Zone geteilt. Opferschätzungen gehen von militärischen und zivilen Kriegstoten in Millionenhöhe aus. In den USA löst der Korea-Krieg die antikommunistische Hysterie der McCarthy-Ära aus. In Europa beschleunigt er die politisch-militärische Integration Westeuropas und wird zum Geburtshelfer der westdeutschen Wiederbewaffnung. (ub)



## 5. Mai 1990

### Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen



Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Sepp Spiegel

Die Deutsche Einheit kann nur mit Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs vollzogen werden. Deshalb verhandeln die Außenminister der Bundesrepublik, DDR, Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien vom 5. Mai bis September 1990 hierüber. US-Präsident George H.W. Bush sichert Bundeskanzler Helmut Kohl die Hilfe der USA für das Erreichen der deutschen Einheit zu. Bedingung ist für ihn jedoch ein NATO-Beitritt des geeinten Deutschlands. Zusammen setzen sie diese Position in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen durch. Der sowjetische Staatschef Michael Gorbatschow stimmt am 31. Mai 1990 einer freien Bündniswahl Deutschlands zu. Die Sowjetunion erhält im Gegenzug wirtschaftliche Hilfen und in Ostdeutschland dürfen keine NATO-Truppen stationiert werden. Zudem sichert die Bundesrepublik zu, die Bundeswehr von fast 600.000 (einschließlich ehemalige NVA) auf 370.000 Mann zu verkleinern. Im Gegenzug gewähren die Siegermächte Deutschland die volle staatliche Souveränität.

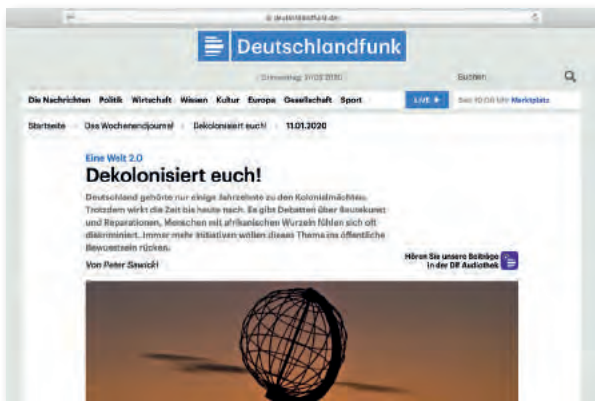


## Die Welt im Web

Deutschlandfunk, Audithek

### „Eine Welt 2.0- , Dekolonisiert Euch!“

Deutsche Kolonien. Lange her und doch ein historisches Erbe. Wohin führen die Spuren? Spürt man die Auswirkungen des Kolonialismus?



Der Deutschlandfunk bietet mit der Reportage „Denkfabrik“ einen hörensweisen Beitrag, der nicht nur über Beutekunst und Reparationen, sondern auch über Menschen mit afrikanischen Wurzeln und ihren Wegen in Deutschland. Unweigerlich greift der Beitrag aktuelle Themen wie den Umgang mit Vielfalt und Interkulturalität in der Gesellschaft auf. Wie empfinden die heute in Deutschland lebenden Menschen mit afrikanischen Wurzeln ihre Lebenssituation? Im Portrait steht mit der Grünen-Politikerin Aminata Touré die erste afrodeutsche Landtags-Vizepräsidentin aus Schleswig-Holstein. Darüber hinaus gibt es einen postkolonialen Stadtrundgang durch Bonn. Fazit: ‚Dekolonisiert euch!‘ ist eine vielschichtige und kontroverse Auseinandersetzung mit den Ursachen kultureller Unterschiede, die nicht nur brandaktuell ist, sondern auch eng mit einem zentralen Thema der Inneren Führung zusammenhängt.

[www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de)

Militär-Thinktank

### Royal United Service Institute

„Are your cigarettes funding terror attacks?“  
 „Fighting with pride: The LGBTQ+ in the Royal Service“  
 „How would future autonomous weapon systems challenge current governance norms?“

Das Themenspektrum des Royal United Service Institute (RUSI) ist nicht nur vielfältig, sondern auch qualitativ hochwertig. RUSI ist ein verteidigungs- und sicherheitspolitischer „Thinktank“ mit ausgezeichneter Themenrecherche zu unterschiedlichen Themen, einer Bibliothek im Herzen Londons mit reichhaltigem Online-Angebot und einer Börse für die besten Veranstaltungen zu Fachfragen rund um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Von Militärischen Fähigkeiten, Informationen über die britischen Streitkräfte bis hin zu Einsätzen, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz reichen die aktuellen Angebote. Auch spezielle Themen mit Relevanz für die Innere Führung, wie der Umgang mit dem Traditionsverständnis, sexueller Selbstbestimmung, Ethik und Recht im Kontext von Einsätzen sind vertreten.

Fazit: Fachlich fundiert bietet der Mitgliederbereich Informationen, wie Fachvorträge und Literaturempfehlungen, die nicht nur für britische Staatsbürger interessant sind. Alle Angebote sind mit telefonischer Erreichbarkeit der Ansprechpartner versehen. Die Website ist übersichtlich und modern. RUSI bietet seinen Nutzerinnen und Nutzern an der Expertise des eigenen Netzwerks teilzuhaben. Ein Besuch, der sich lohnt.



[rusi.org](http://rusi.org)





## Buchtipps

### Geschichte

#### Miliz oder Söldner?

Wehrpflicht und Solddienst in Stadt, Republik und Fürstenstaat 13.-18. Jahrhundert

Dieses Buch erschien als Band 111 in der Reihe „Krieg in der Geschichte“, die die Rolle des Krieges und des Militärs in verschiedenen historischen Perioden und Gesellschaften seit der Antike thematisiert.

Im aktuellen Band sind 14 Beiträge versammelt, die überwiegend auf einer Tagung in Bern zum Thema „Miliz oder Söldner? Wehrpflicht und Solddienst in Stadt, Republik und Fürstenstaat“ von international ausgewiesenen Historikern verfasst wurden.

Wie die beiden Herausgeber in ihrem Vorwort schreiben, ranken sich die Referate um die Frage, „inwieweit das vom Florentiner Schriftsteller und Politiker Niccolò Machiavelli um 1500 wirkmächtig entworfene Bild des treulosen Söldners auf der einen und des verlässlichen Bürgersoldaten auf der anderen Seite empirischen Beobachtungen standhalten würde.“

Eine durchaus auch aktuelle Fragestellung angesichts des verstärkten Einsatzes privatwirtschaftlicher Söldnerfirmen in den asymmetrischen Kriegen des 20. und 21. Jahrhunderts, wie Philippe Rogger und Regula Schmid von der Universität Bern meinen.

Ihrer Auffassung nach auch deshalb, weil etliche Staaten ihr in langwierigen Prozessen „seit dem Spätmittelalter errungenes Gewaltmonopol“ allmählich aufzugeben scheinen. (wot)



Philippe Rogger, Regula Schmid  
Verlag Ferdinand Schöningh, Juli 2019

282 Seiten,  
ISBN: 978-3-506-79258-7  
Preis: 64,- €

#### Wertschätzung. Führung. Wandel.

Erfolgreiche Kommunikation in der Bundeswehr

Cordelia Leeder, Janine Gensheimer  
Walhalla-Verlag, Januar 2020

176 Seiten  
ISBN: 978-3-8029-6224-0  
Preis: 29,95,- €



„Eine moderne, offene und wertschätzende Gesprächsführung ist auch in der Bundeswehr gefragt.“ Die Autoren gehen in ihrem Werk auf die Kommunikation mit ihren Tücken und Herausforderungen sowie die Rolle von Individuen und Gruppen ein. Wie wichtig sind Perspektivwechsel? Wie verbessert man Selbstreflexion? Was zeichnet gute kompetenzorientierte Ausbildung aus? Wie lässt sich ein angenehmes Betriebsklima herstellen, ohne dass der Auftrag gefährdet wird? Das Buch ist ein Wegweiser für Führungskräfte, die ihr Auftreten und ihre inhaltliche Vermittlungsqualität gegenüber einer Zielgruppe optimieren wollen. „Wertschätzung, Führung, Wandel.“ ist daher besonders für Lehrpersonal im Bildungsnetzwerk der Bundeswehr aber auch für vergleichbare Großorganisationen, die mit Personalführung und Teamentwicklung zu tun haben ein bereichernder Impuls. Auf der Meta-Ebene sprechen die Autoren auch handelnde Akteure in der Prozessoptimierung und Qualitätssicherung der Lehre an. Die Rahmenbedingungen sind mit den globalen Herausforderungen, wie Digitalisierung und der Globalisierung klar umrissen. Darüber hinaus beinhaltet das Buch konkrete Tipps für die Gestaltung von Unterrichten, sowie die Anwendung von Techniken, Methoden und Sprache. Das Buch ist praxisnah und funktional geschrieben. Einzelne Bausteine und Beispiele lassen sich somit aufwandsarm im Unterricht anwenden. Leeder und Gensheimer begreifen die Bundeswehr sehr realitätsnah, gehen auf die Besonderheiten der hierarchischen Struktur und des Soldatentums ein. Übersichtlich gegliedert und anschaulich bebildert ist das einzig bedauerliche, dass es keinen Onlineauftritt bzw. Downloadbereich gibt.

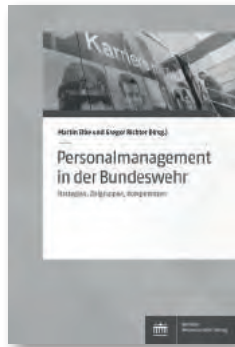
Fazit: „Wertschätzung, Führung, Wandel.“ beinhaltet viele „Goldkörner“, wie Veränderung auf zwischenmenschlicher Ebene in der Bundeswehr und vergleichbaren Großorganisationen gelingen, und die Führungskultur organisational bereichern kann. (row)

## Bundeswehr

### Personalmanagement in der Bundeswehr

#### Strategien, Zielgruppen, Kompetenzen

Martin Elbe, Gregor Richter  
 BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Oktober 2019  
 160 Seiten  
 ISBN: 978-3-8305-3963-6  
 Preis: 25,- €



In diesem Band erwarten den Leser tiefgreifende Einblicke in das Personalmanagement der Bundeswehr – dessen Strategien, Zielgruppen und Kompetenzen. Konzeptioniert als Sammel-

ersten Kapitel gehen die Autoren auf die Personalstrategie ein, wie sie sich weiterentwickelt, welchen Anforderungen sie gerecht werden sollte. Es wird zusätzlich ein europäischer Vergleich

band sollen die verschiedenen Beiträge einen Grundstein für die Entwicklung einer Theorie des Personalmanagements der Bundeswehr legen. Im

mit anderen Armeen aufgestellt. Die nächste Thematik behandelt betriebliche Sozialisationen in der Bundeswehr, als Beispiel Bildungsvoraussetzungen zum Einstieg in militärische Laufbahnen. Des Weiteren wird auf die Dienstzufriedenheit und die Weiterverpflichtungsmöglichkeiten der Mannschaftsdienstgrade eingegangen. Das dritte Kapitel setzt sich mit den besonderen Anforderungen der Multikulturalität im Einsatz von Soldatinnen und Soldaten auseinander. Die Autoren untersuchen in einer Studie das Kompetenzmanagement in Ausbildungs- und Einsatzsituationen. (cr)

### Die Anfänge der evangelischen Militärseelsorge

Nur, wer die Geschichte kennt, kann die Zukunft gestalten. Das gilt auch für die evangelische Militärseelsorge. Deshalb ist ihre geschichtliche Erforschung nicht „nice to have“, sondern von großer Bedeutung. Daher ist es so wichtig, dass auch ihre Entstehung im Zusammenhang erforscht wird, und zwar während der für die evangelische Kirche so grundlegenden Epoche der Reformation. Dazu hat nun der Militärseelsorger Pastor Dr. Jobst Reller einen hervorhebenswerten Beitrag geliefert. Und zwar mit seinem Buch „Die Anfänge der evangelischen Militärseelsorge“, das im Miles-Verlag erschienen ist. Ein wertvoller Beitrag, nicht nur für die interessierte Leserschaft, sondern auch für weitere Forschungen auf diesem noch weithin unerschlossenen Gebiet. In dieses Areal schlägt Rellers mit seiner allgemeinverständlich geschriebenen Arbeit eine Schneise.

Diese führt ins Dickicht militärseelsorgerischer Geschichte. In eine Zeit, in der die sich langsam herausbildende Militärseelsorge auf die Seite der legalen Gewalt tritt und kritische Solidarität mit dem Individuum übt – ganz gleich ob Freund oder Feind. So findet sich bei Luther die Aufforderung, im Gegner den Menschen zu sehen sowie zur Barmherzigkeit und zum Frieden bereit zu sein. Grundlegendes, das bis heute gilt. (jf)

Jobst Reller  
 Miles-Verlag, August 2019  
 180 Seiten  
 ISBN: 9783945861929  
 Preis: 19,80 €



### Die Luftwaffe und ihre Traditionen

Eberhard Birk, Heiner Möllers  
 Miles-Verlag, November 2019  
 256 Seiten  
 ISBN: 978-3945861974  
 Preis: 19,80 €

Der Sammelband „Die Luftwaffe und ihre Traditionen“ befasst sich mit der Geschichte der Luftwaffe. Dabei werden unter anderem die Tradition, der Traditionsbegriff und die Traditionspflege in der Bundeswehr verhandelt, die in den letzten Jahren an Aktualität gewonnen haben. Die ständige Präsenz der Tradition gehört seit jeher zur Unternehmensphilosophie der Bundeswehr. Eine vergleichende Analyse zwischen dem österreichischen Bundesheer, dem deutschen Militär und der britischen Armee gibt einen breitgefächerten Eindruck über die verschiedenen Definitionen des Traditionsbegriffs. Auch Offizier und Jagdflieger Manfred von Richthofen, Namensgeber für das Taktische Luftwaffengeschwader 71 „Richthofen“, wird thematisiert und mit seiner besonders geleisteten Arbeit im Bereich der Luftwaffe hervorgehoben. Thematisiert wird neben der Traditionspflege auch die Spannung zwischen den Streitkräften in der Demokratie und der Benennung der Helden des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Ein wichtiger Fokus ist die Kritik an der Beliebigkeit bei der Benennung der Kasernen in ganz Deutschland. Hierbei werde zwar die fachliche Kompetenz der Namensgeber beachtet, allerdings nicht die Gesamtpersönlichkeit. So stellt das Buch „Die Luftwaffe und ihre Traditionen“ einen Diskussionsanstoß zur weiteren Thematisierung dar. (nt)





## Politische Bildung



### Wegweiser zur Geschichte: Irak und Syrien

Bernd Lemke  
Verlag Ferdinand Schöningh, September 2016  
296 Seiten  
ISBN: 978-3506786623  
Preis: 21,90 €

Seit 30 Jahren erschüttern Ereignisse wie die Golfkriege, der Arabische Frühling, Bürgerkriege, das Auftreten des Isla-

mischen Staates und Flüchtlingsbewegungen die Golfregion. Als einer der konfliktreichsten Regionen der Welt hat die Sicherheitslage sowohl im Irak als auch in Syrien erhebliche Auswirkungen auf Deutschland und Europa. Anhand einer gründlichen historischen Aufarbeitung von den Kreuzzügen bis zum Auftreten des Islamischen Staates schildert der Band die Grundzüge der ethnischen Konflikte, den Kampf um Wasser und Öl, die Bürgerkriege und die Interessen aller beteiligten Regionalmächte. Das Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw) liefert mit dem vorliegenden Wegweiser Hintergrundinformationen, die das Konfliktpotential im Irak und in Syrien verdeutlichen und das internationale Engagement der westlichen Welt begründen.

Fazit: Qualität, Informationstiefe und Aktualität zeichnen das Buch aus. Die Konfliktregion wird mit Grafiken, Literatur- und Internetempfehlungen facettenreich vorgestellt. Eine ausgezeichnete Grundlage für Dozenten mit Themenfokus und auch für Leserinnen und Leser ohne Vorwissen interessant. (row)

### Wegweiser zur Geschichte: Horn von Afrika

Krieg, Piraterie, Hunger und Staatsversagen. In der Öffentlichkeit beschränkt sich die Wahrnehmung der Region um Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Uganda, Sudan, Südsudan und Somalia in Deutschland oftmals auf diese Faktoren. Im Vergleich zu anderen Krisenzentren der Erde ist die Region in den letzten Jahren medial unterrepräsentiert. Das Überblickswerk des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw) liefert eine detailreiche und übersichtliche Kartografie der Region um das Horn von Afrika. In 18 Einzelbeiträgen stellen die Herausgeber die dazuzählenden Länder im Portrait vor. Skizziert werden die Geschichte der Region, sowie Struktur und Lebenswelten. Das Taschenbuch liefert Ursache- Wirkungs-Zusammenhänge zwischen Dürre, Hungersnot, Flucht und Terrorismus, sowie humanitärer Hilfe.

Fazit: Der Wegweiser steht für inhaltliche Qualität, ist übersichtlich gegliedert, enthält ein Stichwortverzeichnis sowie sorgsam ausgewählte Karten und Bilder. Die Zweitaufgabe eignet sich hervorragend zur Vorbereitung von Unterrichten oder Vorträgen im Rahmen der politischen Bildung (row)

Dieter H. Kollmer, Andreas Mückusch  
Verlag Ferdinand Schöningh, 2019  
2. Auflage  
296 Seiten  
Preis: 21,90 €



### Warnung aus dem weißen Haus Ein hochrangiger Trump-Mitarbeiter packt aus



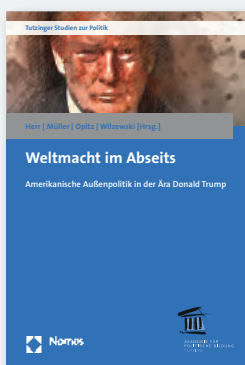
Anonymus  
Verlag Quadriga,  
Dezember 2019  
336 Seiten  
ISBN:  
978-3869950976  
Preis: 20,- €

Dieses Buch hat im Vorfeld des Amtsenthebungsverfahrens gegen US-Präsident Donald Trump in den USA

hohe Wellen geschlagen. Der bis heute unbekannte anonyme Autor behauptet, als hochrangiger Regierungsmitarbeiter für die Trump-Administration gearbeitet zu haben. Mit dem Präsidenten

geht der Insider hart ins Gericht: Wegen einer „toxischen Mischung aus Unmoral und Gleichgültigkeit“ sei Präsident Donald Trump ungeeignet für das Amt. Die verbliebenen vernunftorientierten Mitarbeiter der Trump-Administration sind vor allem damit beschäftigt, Trump vor sich selbst zu schützen und größeren Schaden von der Nation abzuhalten, schreibt Anonymous und fragt: „Können die Amerikaner wirklich darauf vertrauen, dass eine Kabale von nichtgewählten Regierungsmitarbeitern die Stabilität wahr? Und wichtiger noch: Sollten sie das überhaupt?“ Vor dem Hintergrund der anstehenden Präsidentschaftswahlen im November diesen Jahres hat sich der Autor das Ziel gesetzt, die „Wurzeln des gegenwärtigen Chaos“ zu erkunden, um den Amerikanern

eine informierte Wahlentscheidung zu ermöglichen. Letztendlich ist das Buch nicht vorrangig eine Kritik an der Person Donald Trump. Der Autor nimmt für sich in Anspruch, Patriot zu sein, und aus Sorge um die Werte und Grundüberzeugungen, die die amerikanische Nation ausmachen – die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie zu handeln. Auch wenn die Beschreibungen des Buches aus anonymer Quelle stammen und vom Weißen Haus vehement dementiert wurden – insgesamt ein interessanter Einblick in die inneren Vorgänge der Trump-Administration. Kurz: Politische Bildung für all jene, die die Prozesse der amerikanischen Regierungsarbeit sowie die politischen Entwicklungen in den USA besser verstehen wollen. (syb)



### Weltmacht im Abseits Amerikanische Außenpolitik in der Ära Donald Trump

Lukas D. Herr, M.A., Marcus  
Müller, M.Ed., Dr. Anja Opitz,  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski  
Nomos Verlagsgesellschaft  
mbH & Co. KG, 2019  
341 Seiten,  
ISBN: 978-3-8487-5945-3  
Preis: 69,- €

Wie wurde die „America-First“-Rhetorik in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik umgesetzt? Und: Hat sich die Weltmacht USA in ihrem Führungsanspruch in den ersten beiden Amtsjahren Donald Trumps quasi selbst delegitimiert und perspektivisch ins Abseits gedrängt? Um sich diesen Fragen zu nähern, will der Sammelband der Akademie für politische Bildung in Tübingen erkunden, ob sich die Außenpolitik Donald Trumps eher durch Kontinuität als durch einen radikalen Bruch auszeichnet, und welche systemischen, institutionellen und/oder gesellschaftlichen Faktoren dafür verantwortlich sind. Zu diesem Zweck beleuchten die zehn Beiträge politikfeldspezifische Ziele Trumps und kontrastieren sie mit den tatsächlich getroffenen Entscheidungen. Sie bedienen sich dafür bei politiktheoretischen Erklärungsansätzen der Außenpolitikforschung, die in unterschiedlicher Art und Weise Entwicklungen zu Strukturzwängen des internationalen Systems sowie zu gesellschaftlichen Präferenzen und Identitäten in Bezug setzen. In drei Teilen werden folgende Aspekte genauer beleuchtet – und bestätigen teilweise die These von der „Weltmacht im Abseits“: Die demokratische Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik der USA (möglich, kommt aber nicht maßgeblich zur Geltung), die Wirkung präsidentieller Narrative (gering), der Kampf gegen den Terrorismus (militärische Blankovollmachten des Kongresses werden mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht eingeschränkt), die US-Außenpolitik versus China (geprägt von Inkohärenz) und versus Russland (antagonistisch, Kongress gleicht fehlende strategische Ausrichtung der Regierung aus), die Rüstungspolitik (Denken des Kalten Krieges), Handelspolitik (deutliche Verschiebung zugunsten merkantilistischer und protektionistischer Maßnahmen) und Klimapolitik (Bundesstaaten nehmen trotz Trumpsches Leitbild der Energiedominanz Vorreiterrolle ein) sowie die Nahostpolitik (USA steht vor einem Dilemma) und das Verhältnis zur NATO (Schwächung der Legitimität der amerikanischen Führungsrolle). Eine informative Lektüre für ein interessiertes Fachpublikum. (syb)

### Jemen

#### Der vergessene Krieg

Said AlDailami  
C. H. Beck Verlag, München  
2019  
264 Seiten  
ISBN: 978-3-406-73158-7  
Preis: 16,95 €

Said AlDailami, Staatswissenschaftler und Bundeswehroffizier a. D., hat ein empfehlenswertes Buch über die aktuelle Krise im Süden Arabiens geschrieben. Der Autor stammt selbst aus dem Jemen, der Wiege der arabischen Zivilisation. AlDailami beschreibt kenntnisreich – und aus einer anderen Perspektive als in den Medien verbreitet – die politische Entwicklung, die zum Volksaufstand im Jahr 2011 führte. Besonders informativ ist das Kapitel über die Hintergründe des seit 2014 tobenden Bürgerkrieges. So erfährt der Leser, wie die drei Kriegsparteien entstanden: die international anerkannte Hadi-Regierung, die südjemenitischen Separatisten und die schiitischen Huthi-Aufständischen. Der Bürgerkrieg im Jemen ist neben dem Syrien-Krieg Teil der regionalen religiösen Stellvertreterkriege: auf der einen Seite stehen die sunnitischen Arabischen Emirate, Kuwait und Saudi-Arabien, auf der anderen der schiitische Iran. Der Autor klagt Saudi-Arabien an, das sich selbst als Führer der islamischen Welt sieht, durch Bombardierungen die jemenitische Kultur zu zerstören. Nach einer Schätzung des Deutschen Roten Kreuzes wurden im Zuge des Bürgerkrieges über 16 000 Zivilisten getötet, 3,6 Millionen Menschen mussten fliehen. (ama)



#### Leseprobe:

*Die Entscheidung darüber, wie es im Jemen weitergehen soll, muss eine rein jemenitische sein und darf nicht von außen diktiert werden... Einmischungen von außen – sofern sie nicht in gemeinsamen Einverständnis vertraglich festgelegt wurden – müssen unterbleiben... Doch ganz unabhängig davon, welches Szenario sich letztlich durchsetzt – es gibt eine Konstante, die für alle Jemeniten gilt: die stolze Geschichte des Jemen. Die Menschen wissen um ihr kulturelles Erbe, das sie seit über 5000 Jahren bewahren. Diese historische Verwurzelung ist von enormer Bedeutung für Jemeniten.*



## Innere Führung

### Jahrbuch Innere Führung 2019

Uwe Hartmann, Claus von Rosen  
Miles-Verlag, Dezember 2019  
392 Seiten  
ISBN:  
978-3945861981  
Preis: 24,80 €



Wie geriet die Bundeswehr in die kritische Lage von 2014 bis 2018? fragt das aktuelle Jahrbuch Innere Führung 2019. Die Herausgeber und Gründer des Sammelbands Uwe Hartmann und Claus von Rosen haben sich hier zum Ziel gesetzt, die Hindernisse zu identifizieren, die einem wirklichen Wandel in der Bundeswehr entgegenstehen. Beiträge im ersten Teil analysieren, inwiefern Politik und Gesellschaft dem Aufbruch der Bundeswehr zu mehr Einsatzbereitschaft entgegenstehen oder ihn befördern. In den 11 Beiträgen des Hauptteils untersuchen die Autoren den Stand der Entwicklungen im militärischen Umfeld, konkret in den Bereichen Organisationsentwicklung, Strategiefähigkeit, Digitalisierung, Bildung und Diversität. Es folgen Diskussionsbeiträge – konkret ein Beitrag zur Tradition der Bundeswehr und einer zum Veteranenbegriff; sowie unter der Überschrift „Dokumentation“ eine Grundsatzzrede des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Tauber zur Inneren Führung und ein offener Brief von Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann an Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak, der für die Alternative für Deutschland (AfD) als Oberbürgermeister von Hannover kandidierte. Die „wohl wichtigste geistigen Herausforderung für die Bundeswehr“, so die Herausgeber, sei die Befassung mit den verteidigungspolitischen Positionen der AfD, die der Militärhistoriker und Mitglied des Beirats Innere Führung Klaus Naumann untersucht. Naumann kommt zu dem Ergebnis, dass das Parteiprogramm der geltenden Wehrverfassung des Grundgesetzes, dem Konsens über den Einsatz der Streitkräfte sowie der multilateralen Einbindung der Bundeswehr in die NATO widerspricht. (syb)

### Innere Führung kompakt Eine Zusammenschau als Lehr- und Lernhilfe

Helmut Jermer veröffentlicht mit „Innere Führung kompakt“ eine fundierte und wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Grundzüge der Inneren Führung. Der Autor weist sein vier Abschnitte umfassendes Buch als Lehr- und Lernhilfe aus. Im Grundsatzteil unternimmt Jermer eine ganzheitliche Herleitung, wie die Streitkräfte in der Demokratie verankert sind. Das Angebot erscheint vor dem Hintergrund der einbezogenen offiziellen Literatur ausgewogen und differenziert. 21 Referenzen sprechen für eine differenzierte Darstellung. Jermer bringt als ehemaliger Stabsoffizier der Bundeswehr die Professionalität für einen ganzheitlichen Blick auf die Innere Führung mit. Sorgfalt, Präzision und Sachlichkeit prägen seinen Schreibstil. Sein Fokus liegt auf der Ausbildung von Normen und Werten in den Streitkräften. Aktuelle Bezüge zu globalen Entwicklungen und gesellschaftlichen Trends, wie Digitalisierung, Demografie und Wertewandel in der Gesellschaft werden dagegen vernachlässigt. Die von Jermer beschriebene Innere Führung beruht wesentlich auf einem christlich- / katholischen Wertebild. Diese Lesart übersieht, dass die Innere Führung auf einem Werteverständnis beruht, dass Angehörige anderer Glaubensrichtung bewusst anspricht. Ansprechend ist das Buch für Akademiker mit Bundeswehrkenntnis und wissenschaftlichem Anspruch. Als Lehr-, Lernhilfe kommt das Buch nur eingeschränkt in Betracht, da interaktive Komponenten, Praxistipps für die Vermittlung, Beispiele oder Reflexionsfragen fehlen. Das fundierte Werk ist dennoch gut zu lesen. (row)

Helmut Jermer  
Miles-Verlag, November 2019  
128 Seiten  
ISBN:  
9783945861967  
Preis: 9,80 €



## Impressum if Zeitschrift für Innere Führung

64. Jahrgang  
if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.

Herausgeber  
Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung

Redaktion  
Chefredakteur: Jan Marberg (mbg)  
Chef vom Dienst: Christopher Steiger  
Leitende Redakteurin: Dr. Sarah Reichel (rhl)  
Redakteur: Wilke Rohde (row)  
Mitwirkende an dieser Ausgabe:  
Uwe Brammer (ub), Aschot Manutscharjan (ama),  
Sylvia Börner (syb), Nele Tröger (nt), Jörg Fleischer (jf), Christina Reiser (cr), Wolfgang Tiedke (wot)

Redaktionsbüro  
if - Zeitschrift für Innere Führung  
Zentrum Innere Führung  
Im Dialog  
Von Witzleben Straße 17, 56076 Koblenz  
Telefon 0261 - 579420 - 5559  
Telefax 0261 - 579420 - 25559 Bw-Kennziffer 4812  
E-mail: ZInFueImDialogif@bundeswehr.org

Bildredaktion  
Redaktion der Bundeswehr, Andrea Bienert

Mediendesign  
Redaktion der Bundeswehr, Daniela Hebbel

Abonnement und Leserservice  
infoservice@bundeswehr.org

Vertrieb  
BAPersBw II 1.4 Vertrieb,  
Brühler Straße 309, 50968 Köln

Druck  
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Auflage: 30.000

Hinweis  
Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Printversion durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Printversion genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Redaktionsschluss  
21. Februar 2020



## Brexit

Seit Mitte 2016 ringen Großbritannien und die anderen Mitgliedstaaten um den Austritt des Königreichs aus der Europäischen Union. Zum 31. Januar 2020 wurde der Brexit vollzogen. Das Foto zeigt den britischen Europaabgeordneten Rory Palmer bei der Verabschiedung aus dem Europäischen Parlament in Brüssel.

Foto: Reuters/Francois Lenoir





Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst befindet sich an einem historischen Ort von internationaler Bedeutung: Hier endete in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 der Zweite Weltkrieg in Europa. Die Oberkommandierenden der Wehrmacht unterzeichneten vor Vertretern der Sowjetunion, Großbritannien, der USA und Frankreichs die bedingungslose Kapitulation. Der historische Saal, in dem dieser Akt stattfand, bildet heute das Herzstück des Museums.

Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst ist ein einmaliges Kooperationsprojekt, in dem zwei ehemalige Kriegsgegner gemeinsam an den Zweiten Weltkrieg erinnern. Als einziges Museum in Deutschland thematisiert es mit einer Dauerausstellung den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Die bilaterale Einrichtung wird gemeinsam von der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation getragen.

DEUTSCH-RUSSISCHES MUSEUM  
BERLIN-KARLSHORST  
Zwieseler Straße 4  
10318 Berlin

[kontakt@museum-karlshorst.de](mailto:kontakt@museum-karlshorst.de)  
[www.museum-karlshorst.de](http://www.museum-karlshorst.de)

ÖFFNUNGSZEITEN  
Dienstag–Sonntag: 10–18 Uhr

EINTRITT FREI





KUNST

PALAST

PETER LINDBERGH  
UNTOLD STORIES

—  
5.2.-1.6.2020

EHRENHOF 4-5 · 40479 DÜSSELDORF · [WWW.KUNSTPALAST.DE](http://WWW.KUNSTPALAST.DE)

HAUPTSPONSOR

PORSCHE

LUMA  
FOUNDATION

Dior

Städteutsche Zeitung

WDR

Düsseldorf  
Nähe trifft Freiheit